

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14. Dezember 2015,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **2. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.57 Uhr

Die Verhandlungsschriften der 45. Sitzung vom 06.07.2015 und der 1. (konst.)  
Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2015 liegen zur Einsichtnahme auf.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 03.12.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Betreuungskosten für minderjährige Flüchtlingskinder; Resolution an den Bund und/oder an das Land OÖ  
DI-Verf-296-2015

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 aufgelegten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend „Transparenzpaket“  
DI-Verf-284-2015

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir ein Abänderungsantrag der NEOS vor. Dieser lautet:

## **Abänderungsantrag**

gemäß § 9 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels in der aktuellen Fassung

### **Antrag:**

Der vordringliche Initiativantrag der Fraktion „Die Grünen“ betreffend „Transparenzpaket“ (DI-Verf-284-2015), vorgetragen durch Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl, möge wie folgt abgeändert werden:

### **Änderung 1**

#### **Überschrift/Kapitel:**

„Die Homepage der Stadt Wels wird so überarbeitet, dass die politische Arbeit des Gemeinderates entsprechend Niederschlag findet.“

#### **Antrag auf Änderung des Absatzes 3:**

„3. Die Ausschüsse des Gemeinderates werden als eigener Punkt hinzugefügt, der Informationen über die Ausschussmitglieder, Sitzungstermine und die Tagesordnungen der Ausschusssitzungen bereitstellt. Übergeordnet soll im zukünftig öffentlich online zugänglichen Tracking-System der Bürger jederzeit nachsehen können, wie der Bearbeitungsstatus eines in den Ausschuss verwiesenen Antrages ist. Ein Verweis von der Tagesordnung auf die Vorgangsnummer im Tracking-System und vice versa ist vorzusehen.“

### **Änderung 2**

#### **Überschrift/Kapitel:**

„Transparenz der Stadtfinanzen“

#### **Antrag auf Änderung des Absatzes 2:**

„2. Budget und Rechnungsabschluss sollen außerdem benutzerfreundlich aufbereitet dargestellt werden“. Dazu soll die Finanzdirektion der Stadt Wels beauftragt werden, die Umstellung des kommunalen Rechnungswesens der Stadt von der bisher geübten reinen Kameralistik hin zu einem aussagekräftigen Accounting, basierend auf die von der EU präferierten International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) und den drei Säulen Ergebnisrechnung, Vermögensrechnung und Finanzrechnung voranzutreiben und spätestens 2020 umzustellen.

### **Änderung 3**

#### **Antrag auf Änderung des Absatzes 4:**

„4. Im Sinne einer transparenten Finanzpolitik wird der alljährliche Förderbericht ebenfalls auf der Homepage veröffentlicht. Basis für die Realisierung soll der interaktive Förderbericht des Landes Oberösterreich sein. Mit der Erweiterung, dass die Daten auch in Tabellenformat heruntergeladen werden können sowie mit der Erweiterung, dass der Grund (Zweck) der Förderungen genauer beschrieben wird und auch Verlinkungen zu den Fördervereinbarungen möglich sind und diese eingesehen werden können.“

### **Änderung 4**

#### **Überschrift/Kapitel:**

„Open Data Project“

#### **Antrag auf Änderung des Absatzes:**

„Die Dienststelle Informationstechnologie wird beauftragt zu ermitteln, wie von der Verwaltung gesammelte und nicht dem Datenschutz unterliegende öffentliche Daten frei zugänglich gemacht werden können (Open Data Project). Verträge, welche die Stadt Wels abschließt, sollen öffentlich sein. Vorbereitend für das Open-Data-Project sollen daher alle zukünftigen Verträge der Stadt Wels mit einer dementsprechenden Bedingung für den Geschäftspartner oder mit dem Verweis auf allgemeine Geschäftsbedingungen/Vertragsbedingungen der Stadt, welche so eine Bedingung enthalten, versehen werden.“

Ich ersuche sie diesen Abänderungsantrag in die Debatte mitaufzunehmen. Für die Zukunft ersuche ich – so wie dies „guter alter Brauch“ war – Abänderungsanträge im Vorfeld den Fraktionen zu übermitteln, gerade wenn es komplexere und über eine gewisse Länge

hinausgehende Abänderungsanträge sind. Bitte dies in Zukunft zu berücksichtigen, damit sich die Gemeinderatsmandatäre diesen Abänderungstext nicht im Einzelnen merken müssen. Das erleichtert den Debattenverlauf.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich freue mich sehr ihnen den ersten Sachantrag dieser Gemeinderatsperiode vorstellen zu dürfen. Es ist ein Thema, welches gut an den Beginn dieser Sacharbeit unseres Gremiums passt, nämlich die Frage, wie transparent soll die Arbeit, die wir in diesem Gremium leisten, nach außen sein.

Unser Antrag hat zweierlei zum Ziel. Einerseits der Arbeit des Gemeinderates und auch der Ausschüsse mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, andererseits die BürgerInnen durch mehr Transparenz in Sachen Kommunalpolitik an dieser Arbeit teilhaben zu lassen. Wir stellen immer wieder fest, dass unsere Tätigkeit im Gemeinderat von den BürgerInnen sehr wenig wahrgenommen wird. Natürlich gibt es die Möglichkeit sich als Zuschauer hier im Gemeinderat selbst ein Bild darüber zu verschaffen. Davon Gebrauch machen doch immer wieder zahlreiche Menschen. Zu den einzelnen Themen gibt es selbstverständlich eine mediale Berichterstattung. Aber insgesamt wäre es begrüßenswert, wenn interessierte WelslerInnen die Gelegenheit bekämen sich noch besser und noch umfassender über die Gemeinderats-tätigkeit informieren zu können.

Dazu braucht es unserer Meinung nach zunächst einmal eine Aufwertung der Thematik Politik auf der Homepage der Stadt Wels. Denn dort sucht man diesen Begriff im Navigationssystem zunächst einmal vergeblich. Erst wenn man sich ein wenig „durchklickt“ wird man unter „Verwaltung und Bürgerservice“ fündig. D.h. die Politik ist an einer Stelle angeordnet, an der sie überhaupt nicht hingehört. Es soll ein eigener Navigationspunkt „Politik“ geschaffen werden, wo ein gegenüber dem bisherigen Informationsstand aufgewertetes Angebot zur Verfügung gestellt werden soll.

Wir glauben die Informationen sind durchaus lückenhaft. So kann man beispielsweise nicht einmal erfahren, wer die 36 Gemeinderäte dieses Gremiums sind, denn in der Auflistung der Fraktionen werden ja auch die Stadtsenatsmitglieder und der Herr Bürgermeister angeführt, die zum Teil kein Gemeinderatsmandat haben. Will man vielleicht sogar wissen, welche Ausschüsse der Gemeinderat hat und wer für die einzelnen Parteien in diesen Ausschüssen nominiert wurde, wird es ganz schwierig. Diese Informationen sind überhaupt nicht vorhanden. Wir möchten eine Änderung in dieser Richtung. Wir möchten überdies die Termine und die Tagesordnungen von Sitzungen nicht nur des Gemeinderates sondern auch der Ausschüsse des Gemeinderates auf der Homepage der Stadt öffentlich machen. Die BürgerInnen sollen unseres Erachtens wissen, welche Themenbereiche in diesen Gremien wann beraten werden. Sie sollen auch die Möglichkeit haben Kontakt zu einzelnen Gemeinderäten aufzunehmen, wenn sie Interesse an einem dieser Punkte haben.

Eine sehr positive Einführung der letzten Jahre ist die Direktübertragung der Gemeinderatsitzungen im Internet. Wels spielte hier eine Vorreiterrolle. Inzwischen sind wir durchaus daran gewöhnt nicht nur hier im Saal Publikum zu haben, sondern auch zu Hause vor den Computer-Bildschirmen. Diese Direktübertragung war sicherlich ein wichtiger Schritt, da nicht jeder die Möglichkeit hat persönlich die Sitzungen zu verfolgen. Wir sollten jedoch hier nicht stehen bleiben. Nicht jeder hat die Möglichkeit an einem Montagnachmittag um 15.00 Uhr Sitzungen des Gemeinderates zu verfolgen. Die meisten Menschen arbeiten zu dieser Tageszeit.

Daher wollen wir auch, dass die Aufzeichnungen der Gemeinderatsitzungen im Nachhinein auf der Homepage der Stadt Wels zur Verfügung gestellt werden. Ähnlich wie dies beim OÖ Landtag bereits der Fall ist. Dort werden diese Aufzeichnungen gegliedert nach Tagesordnungspunkten zur Verfügung gestellt, sodass man direkt auf die Debatte zu einem einzelnen Verhandlungsgegenstand zugreifen kann.

Außerdem finden wir, dass diese Aufzeichnungen auch den lokalen Medien zur Verfügung gestellt werden sollten, sodass beispielsweise das lokale Fernsehen Life-Ausschnitte aus der Debatte in seine Berichterstattung einfügen kann. Schließlich sollte auch den Fraktionen eine DVD mit der Aufzeichnung zur Verfügung gestellt werden, damit die Parteien die Möglichkeit haben in ihrer eigenen Kommunikation, in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit, z.B. im Internet, auf Facebook oder auf der eigenen Homepage Teile der Debatte zu verwenden, um so ihre Tätigkeit im Gemeinderat besser darzustellen.

Ich glaube, Datenschutzgründe können hier keine Einschränkung ergeben, da eine Protokollierung der Gemeinderatsitzung derzeit auch in Form eines Wortprotokolls vorgenommen wird und eine solche Videoaufzeichnung nichts anderes wäre, als eine elektronische Form dieses Protokolls.

Der dritte, in unserem Antrag enthaltene Punkt betrifft das Project Open Data. Wir sollten endlich mit der Geheimniskrämerei Schluss machen. Wir sollten – ich glaube hier herrscht politischer Wille über die Parteigrenzen hinweg auch auf Bundesebene – langsam vom Amtsgeheimnis wegkommen und möglichst viele Daten öffentlich machen. Bekennen wir uns dazu Daten, für die es nicht ein besonderes Hindernis gibt diese der Öffentlichkeit preiszugeben, auch tatsächlich öffentlich zugänglich zu machen. Natürlich können Daten, die der Amtsverschwiegenheit im besonderen Maße unterliegen, davon nicht betroffen sein.

Die Dienststelle Informationstechnologie sollte überprüfen, welche Daten von der Verwaltung gesammelt sind, welche davon dem Datenschutz unterliegen und welche frei zugänglich gemacht werden könnten. Wenn dies geklärt ist, sollten wir es schleunigst umsetzen, damit darauf zugegriffen und das Informationsbedürfnis der BürgerInnen besser befriedigt werden kann.

Auf jeden Fall sollten wir die Daten der Stadtfinanzen noch transparenter machen. Mit den auf der Homepage zur Verfügung gestellten Unterlagen der KDZ-Anwendung offener Haushalt, die seit einiger Zeit implementiert ist, ist das schon ganz gut möglich. Es ist auch eine grafische Darstellung möglich, die zeigt, wie das Geld der WelslerInnen auf die einzelnen Ressourcen aufgeteilt wird. Ein Teil dieser Anwendung offener Haushalt ist aber leider bis heute nicht freigeschaltet. Meines Erachtens ein sehr wichtiger Teil, nämlich der KDZ-Quick-Test. Dieser zeigt die wichtigsten Kennziffern bei der Beurteilung eines Budgets und eines Rechnungsabschlusses gesammelt. Die Kennziffern, die wir immer wieder in unsere Debatten einfließen lassen, wenn es um die Finanzen der Stadt geht. Dass dies noch nicht öffentlich zugänglich ist, liegt, so glaube ich daran, dass die Stadt Wels in einigen Punkten eine andere Rechenoperation vornimmt, um zu diesen Quick-Test-Kennziffern zu gelangen. Dies hat auch der Rechnungshof in seinem Bericht moniert, es liegen offensichtlich andere Berechnungsmethoden zugrunde. Böse Zungen könnten vielleicht auch sagen, dass manche dieser Kennziffern „schöngerechnet“ werden.

Der Österreichische Stabilitätspakt vom Jahr 2012 verlangt obendrein, dass die Haushaltsbeschlüsse der Gemeinden im Internet in einer Form zur Verfügung stehen, die eine weitere Verwendung ermöglicht. D.h., dass ich sie mir herunterladen und mit Suchfunktionen arbeiten kann, also die Analyse darüber leichter wird. Dieser Stabilitätspakt verlangt, dass er als csv-Teil dargestellt werden soll, also eine Datei, die auch in Excel eingelesen werden kann. Das wurde von der Stadt Wels bis dato noch nicht umgesetzt.

Schließlich glauben wir, dass es notwendig ist für größtmögliche Transparenz bei der Vergabe von Subventionen zu sorgen. Denn die Subventionen stellen doch einen erheblichen Teil unseres Haushaltes dar. Immerhin vergibt die Stadt Wels über 10 Mio. Euro. Die Steuerzahler sollen das Recht haben zu wissen wer, wofür, mit welchen Summen gefördert wird.

Open Data bietet aber auch Nutzungsmöglichkeiten über das Informationsbedürfnis Einzelner hinaus. Mit Open Data können verschiedene, in diesem Bereich tätige Unternehmen neue Anwendungen und Dienste erstellen. Ebenso könnte die Wissenschaft und Forschung auf Daten zugreifen und vielleicht zu Erkenntnissen gelangen, die so sehr schwer zu erzielen sind. Deshalb sollte sich die Stadt Wels diesem Open Data Project nicht verschließen und deshalb ersuche ich sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Was den Abänderungs- oder Erweiterungsantrag der NEOS anlangt, sehe ich eigentlich in allen drei Punkten keine Probleme. Es handelt sich dabei tatsächlich nur um eine Erweiterung und Konkretisierung der Punkte, die grundsätzlich im Hauptantrag enthalten sind. Ich ersuche um Zustimmung zu beiden Anträgen.

GR. Mag. Parzmayr: Wir Freiheitlichen stehen diesem Punkt der gesteigerten Transparenz durchaus positiv gegenüber. Wie aber bereits der Zusatzantrag der NEOS zeigt, gibt es durchaus noch Diskussionsbedarf. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Finanz- und Präsidialausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung des Initiativantrages samt Abänderungsantrag (Anlagen 2 und 3) zu Punkt 1. der Tagesordnung an den Finanz- und Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Rechnungshofbericht 2014; Überprüfung der Gebarung der Stadt Wels sowie ausgewählter Freizeit- und Mehrzweckeinrichtungen; Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
DI-Präs-2065-2014

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf zu diesem Punkt auf den übermittelten Amtsbericht (Anlage 4) und den dazugehörigen bzw. ebenfalls übermittelten Rechnungshofbericht (Anlage 5) hinweisen. Hier gab es mehrere Prüfungsthemen, einerseits das große Thema finanzielle Lage der Stadt, Einnahmen – Ausgaben incl. ordentlicher Haushalt - andererseits die Beteiligungen, der Tiergarten, die Sportanlagen, Kultureinrichtungen, Stadttheater und das Welios in seiner Gesamtheit. Ergebnis waren Empfehlungen des Rechnungshofes, die sich über mehrere Seiten erstrecken. Tatsächlich gibt es 76 Gesamtempfehlungen. Diese müssen natürlich überprüft und umgesetzt werden. Zum Teil wurden sie bereits umgesetzt, zum Teil ist eine Umsetzung gerade im Laufen.

Ich darf einige Punkte aus dem Rechnungshofbericht herausgreifen. Bei den Beteiligungen wurde ein Vier-Augen-Prinzip gefordert, teilweise gehören Aufsichtsräte eingerichtet.

Beispielsweise in der Welser Betriebsansiedelung GmbH. Diese Dinge werden bereits vorbereitet. Aufsichtsräte werden gerade eingerichtet, das Ganze soll bis Ende März nächstes Jahres abgeschlossen werden. Was den Tiergarten betrifft herrscht die einhellige Meinung, dass hier Anlagebeschreibungen und fehlende behördliche Genehmigungen zwischenzeitig nachgeholt werden konnten. Generell wurde die Weisung gegeben, dass bei zukünftigen Projekten auch die Eigenleistung aufzuscheinen hat, um einen Gesamtprojektstand entsprechend darstellen zu können.

Was die Sportanlagen, insbesondere das Welldorado betrifft, wurde in den letzten Monaten bereits ausreichend diskutiert. Hier gab es einen weiteren Kontrollbericht und weitere Probeeinkäufe, die allesamt zufriedenstellend verlaufen sind. In diesem Bereich wurden die Empfehlungen des Rechnungshofberichtes bereits umgesetzt.

Bei den Kultureinrichtungen gibt es den Hinweis des Rechnungshofes ein Kulturleitbild erstellen zu lassen. Dazu wird es Gespräche mit dem zuständigen Referenten geben, welches Leitbild hier erarbeitet werden kann, in welche Richtung dieses gehen soll. Auch die Vergabe der Kulturförderungen wird überprüft. Der Rechnungshof verlangt eine Förderpolitik, die evaluiert werden kann. Auch darüber muss man sich noch unterhalten.

Was das Welios betrifft, muss man sagen, gab es bereits zahlreiche Schritte. Der erste Schritt – dieser Beschluss wurde ohnehin bereits im Sommer gefasst – war, dass der Betrieb des Welios durch entsprechende Gesellschafterzuschüsse gesichert werden kann. In der Folge kommt es zu einer „Nachdenkphase“ wie konkret mit dem Welios umzugehen ist und welche Schritte man in diesem Zusammenhang noch setzen wird. Ich ersuche um Diskussion.

GR. Haböck: Rechnungshofberichte in Österreich sind ja ein bisschen so wie die Anweisung beim Verlassen eines Kreisverkehrs zu blinken – lieb! – aber daran halten tut sich keiner! Es ist sehr schade. Die Rechnungshofberichte sind, wie grundsätzlich alle Kontrollberichte, sehr spannend zu lesen, weil sie aufzeigen wie sich staatliches Handeln abspielt. Es wäre interessant diese Themen im Gemeinderat zu diskutieren, denn gerade die Empfehlungen des Rechnungshofes sind sehr interessant in punkto Kontrolle, Subventionspolitik und wieviel staatliches Handeln kostet – ausschließlich den Steuerzahlern. Gerade was die stadt eigenen Betriebe oder städtische Investitionen an Mehrkosten und jährlichen Kosten mit sich ziehen, ist wirklich teilweise atemberaubend. Es gibt immer wieder politische Diskussionen und politischen Konsens was man sich leisten will und leisten kann. Entscheidend sind aber trotzdem die Empfehlungen des Rechnungshofes und der Kontrollstellen, die wirklich ernst zu nehmen sind.

In der Bundespolitik wird dies leider fast nie gemacht. Ich bin froh, dass zumindest in der Stadtpolitik die Empfehlungen im Großen und Ganzen aktiv durchgegangen und einige Verbesserungspunkte gesetzt wurden. Ich würde alle Mandatäre bitten den Rechnungshofbericht und die vorgeschlagenen Maßnahmen durchzugehen. Alle Fraktionen sollen darüber intensiv beraten, wie man Verbesserungen erreichen kann. Es geht nicht um kleine Beträge, wo auf jeden Fall Effizienzpotential gegeben ist.

Ich bin der Überzeugung – dies zeigte der letzte Kontrollausschuss -, dass eine kleine Denkänderung stattfand. Wir von der ÖVP-Fraktion werden auf jeden Fall im Kontrollausschuss darauf drängen, dass diese Maßnahmen alle intensiv geprüft und so gut als möglich umgesetzt werden.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der umfangreiche Bericht des Rechnungshofes zeichnet ein Bild der Verhältnisse in der Stadt Wels in den letzten Jahren. In der Tat stellt dieser Bericht der Stadt Wels kein allzu gutes Zeugnis aus – das in mehreren Bereichen. Auf rund 38 Seiten beschäftigt sich dieser Bericht mit der finanziellen Lage der Stadt. Dieses Kapitel ist das umfangreichste. Der Rechnungshof übt in seinem Bericht scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Stadt Wels. Er bestätigt damit aber auch, was wir GRÜNEN seit Jahren immer wieder betonen. Nämlich, dass

es um die finanzielle Situation der Stadt Wels alles andere als gut bestellt ist und dass die Finanzpolitik der letzten Jahre eigentlich ein Desaster war.

Wenn uns Hermann Wimmer immer wieder Sand in die Augen streute mit der Behauptung, dass es ihm erneut gelungen sei ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, so betonten wir immer wieder, dass ein ausgeglichener Haushalt, der darauf beruht, dass Rücklagen aufgelöst werden mussten, um ihn ausgleichen zu können, eben kein ausgeglichener Haushalt ist. Wir wiesen immer wieder darauf hin, dass die Stadt Wels die Rücklagen, die aus dem Verkauf der E-Werk-Anteile vor Jahren resultierten, nach und nach aufgebraucht werden und dass bald keine Reserven mehr zur Verfügung stehen werden, mit denen man die Budgetlöcher stopfen kann. Wir wiesen immer wieder darauf hin, dass die Stadt keinerlei Mittel für Investitionen oder zum Aufbau von Rücklagen erwirtschaftete, also immer wieder auf neue Darlehen angewiesen war. Wir wiesen darauf hin, dass die Schulden explodieren und sich der Schuldenstand bedenklich der 100 Mio-Marke nähert und das, obwohl Wels noch im Jahr 2008 schuldenfrei war. Alles das bestätigt der Rechnungshof jetzt in seinem Bericht.

Aber alle diese Fakten müssten eigentlich jeden, der sich auch nur ein wenig mit den jeweiligen Budgets und Rechnungsabschlüssen beschäftigte, ohnehin bekannt sein. Ich wunderte mich daher einigermaßen als die Blau-Schwarze-Stadtkoalition in diesem Pressepapier „Budgetlage der Stadt – Hausforderung für die Zukunft“ genau diese allseits bekannten Fakten als großartige Neuigkeiten präsentierte. Was sie aber in diesem Papier schamhaft verschweigen ist, dass sowohl die FPÖ als auch die ÖVP in den meisten Fällen diesen Finanzbeschlüssen zustimmte und dass sie somit auch mitschuldig sind an dieser Entwicklung. Wir werden beim nächsten Budget die Konsequenzen daraus ersehen, welche Maßnahmen jetzt tatsächlich ergriffen werden um gegenzusteuern.

Nicht weniger brisant als der Teil der Finanzen ist im Rechnungshofbericht auch der Teil, der sich mit den Beteiligungen der Stadt Wels beschäftigt. Auf Seite 79 heißt es beispielsweise: „Der Rechnungshof verweist kritisch darauf, dass mit der Ausgliederung von Aufgaben an Unternehmungen für die Stadt Wels eine Verminderung der Transparenz und Information und eine Einschränkung von Steuerungsmöglichkeiten verbunden waren.“ Auch das deckt sich mit einer Kritik, die wir GRÜNE immer wieder äußerten. Der Gemeinderat erfährt in der Tat so gut wie nichts über die wirtschaftliche Situation der immerhin 28 Unternehmungen, an denen die Stadt Wels beteiligt ist. 2004, also vor mehr als 10 Jahren, wurde im Gemeinderat zum letzten Mal ein Beteiligungsbericht vorgelegt, wie der Rechnungshof erwähnt, also schon ganz lange wissen nur diejenigen von der wirtschaftlichen Lage der stadtnahen Betriebe, die im Aufsichtsrat sitzen, die im Stadtsenat sitzen, aber nicht der gesamte Gemeinderat. Der Rechnungshof vermerkt dazu, dass regelmäßige Beteiligungsberichte an die Gemeinderäte in Zukunft gemacht werden sollen. Ich hoffe, dass dieser Punkt zur Umsetzung gelangt. Auf jeden Fall sind wir bereits sehr gespannt, was diese Beteiligungsberichte uns erzählen werden. Denn, wie wir aus dem Rechnungshofbericht auch erfahren können, ist es so, dass alle diese Beteiligungen in Summe gesehen keineswegs zu den Einnahmen der Stadt Wels beitragen, sondern zusammen einen jährlichen Zuschussbedarf von über 3 Mio. Euro verursachen, obwohl durchaus einige cash cows darunter sind. Von den 200 Mio. Euro Verbindlichkeiten, die dieses Firmenkonglomerat einging und für die die Stadt ihren Beteiligungsgrad entsprechend zu haften hat, einmal ganz zu schweigen.

Der Rechnungshof bemängelt aber auch die überdurchschnittlich hohen Ausgaben der Stadt Wels für den Sport. Eine Kritik, die wir ebenfalls schon des Öfteren äußerten. 1,7 Mio. Euro sind in diesem Bereich durchschnittlich geflossen, was sicherlich nur dadurch zu erklären ist, dass der Sportreferent gleichzeitig auch Finanzreferent war.

Doch nun zu einem anderen Kapitel, dem bereits angesprochenen Welser Tiergarten. Hier richtet sich die Kritik einmal ausnahmsweise nicht an ein von der SPÖ geführtes Ressort sondern in Wirklichkeit an den Herrn Bürgermeister persönlich, der ja bis vor kurzem der für den Tiergarten verantwortliche Vizebürgermeister war. Der Tiergarten bescherte uns in den letzten

Jahren enorme Ausgaben, Das vielfach deshalb, weil es zu Kostenüberschreitungen kam. So sollte beispielsweise das neue Affenhaus 250.000 Euro kosten. Im Endeffekt betrug die Abrechnungssumme 731.000 Euro, somit fast das Dreifache. Dasselbe gilt für das Tiergartenbuffet. Der Gemeinderat gab dafür 60.000 Euro frei, es kostete jedoch 224.000 Euro, also fast das Vierfache. Der Rechnungshof kritisiert, dass die Maßnahmen aus den Masterplänen Tiergarten aus den Jahren 2006 und 2011 – wir beschlossen zweimal einen solchen Masterplan – bis Ende 2014 aber dennoch immer noch nicht vollständig umgesetzt sind. Das obwohl der Tiergarten in den Berichtsjahren knapp 1 Mio. Euro Kosten verursachte.

Auch zu den Kultureinrichtungen weiß der Rechnungshof einiges zu berichten. So zum Beispiel von einem nicht gerade vorteilhaften Vertrag für die Nutzung des Stadttheaters Wels, der der Stadt Wels enorme Kosten verursacht. Aber auch von einer eigentlich ziemlich planlosen Kulturpolitik der letzten Jahre, die keineswegs auf einem Kulturplan beruht, der irgendwo beschlossen worden wäre, sondern im Endeffekt sich auf das Kulturleitbild bezieht, welches schon sehr alt ist. Auch hier gäbe es neuere Entwicklungen. Der Kulturbeirat hat inzwischen schon längst mit Hilfe einer Diplomarbeit eine Planungsvorlage entwickelt, die man verwenden könnte und auf die der Rechnungshof verweist, die aber bislang nicht genutzt wurde.

So gibt es viele Punkte. Herr Bürgermeister Dr. Rabl verwies bereits darauf – über das Welldorado wollen wir jetzt nicht sprechen. Das taten wir bereits sehr ausführlich und sehr oft. Auch über das Welios, welches uns jährlich knapp 1 Mio. Euro kostet, ist schon oft diskutiert worden. Hier geht es sicherlich auch darum, dass in nächster Zeit Maßnahmen ergriffen werden, insbesondere dass es endlich gelingt das Land Oberösterreich in die Pflicht zu nehmen und zu einer Kostenbeteiligung zu bringen. Denn schließlich ist das Welios eine Bildungseinrichtung, die weit über die Stadtgrenzen von Wels hinaus von Bedeutung ist und an der sich das Land Oberösterreich auch bei der Errichtung beteiligte.

Wir haben also in diesem Rechnungshofbericht eine Unmenge von kritischen Fakten, die wir erst einmal verdauen müssen, vor allem aber haben wir eine ganze Menge von Schlussfolgerungen und von Empfehlungen – nämlich 69 Stück -, die am Ende dieses Berichts angeführt sind. Wir GRÜNE wollen auf jeden Fall den Umgang mit diesem Rechnungshofberichts daran messen, wie sehr diese Empfehlungen umgesetzt werden. Ich würde mir wünschen, dass es hier klare Maßnahmen gibt, eine Evaluierung, die nach einer gewissen Zeit – etwa einem Jahr – vorgenommen wird und aus der man ersehen kann, welche Empfehlungen bis dato umgesetzt wurden, welche man nicht aus bestimmten Gründen beabsichtigt umzusetzen. Auch das kann es ergeben und welche noch immer offen sind. Das wäre unser Wunsch. Insofern können wir diesen Rechnungshofbericht zunächst einmal zu Hause in den Bücherschrank stellen. Ihn aber nicht vergessen sondern immer wieder hervorholen und die Arbeit der neuen Stadtregierung auch daran messen, wie sehr es ihr gelegen ist diese Empfehlungen umzusetzen.

GR. Hufnagl: Ich muss „in dieselbe Kerbe schlagen“ wie mein Vorredner, er hat in allen Punkten völlig Recht. Der Rechnungshofbericht bringt schonungslos auf den Tisch, was wir NEOS im Wahlkampf immer schon behaupteten. Es wurde jedoch immer abgestritten. Die Stadt Wels hat ein massives Ausgabenproblem, ein massives Transparenzproblem. Hier die Überschneidung mit dem ersten Tagesordnungspunkt, in dem es um die Transparenz ging.

Ich muss den Welsern und Welserinnen an dieser Stelle sagen, ihr habt unter völlig falschen Annahmen gewählt, denn keine Partei – außer vielleicht den GRÜNEN – sagte ihnen bzw. euch vor der Wahl, wie es wirklich um die Finanzen der Stadt Wels bestellt ist. Wenn wer sagt, ich hatte den Rechnungshofbericht nicht, dann muss ich sagen, alle Fraktionen hatten Zugang zu den Daten, zu den Finanzdaten der Stadt Wels. Fast alle Fraktionen stimmten in den letzten Jahren den Voranschlägen und den Rechnungsabschlüssen zu. Dazu sage ich, wenn ich etwas nicht verstehe, dann darf ich nicht zustimmen. So einfach ist das.

Für mich ist befremdlich die Presseaussendung der FPÖ und ÖVP. In dieser steht „Kassasturz bringt Millionendefizit zum Vorschein“. Sehr geehrte Damen und Herren, es war bekannt, dass wir 69,9 Mio. Euro im Jahr für Personal ausgeben, wobei diese Zahl nicht einmal stimmt, weil die Pensionen nicht eingerechnet sind. Es ist bekannt, dass die Schulden in den letzten Jahren massiv stiegen, dass wir jetzt fast 90 Mio. Euro Schulden haben und, und, und. Dazu hätte es keinen Kassabericht gebraucht.

Nun zum Rechnungshofbericht im Detail: Ich zitiere aus dem Rechnungshofbericht und erkläre dazu. Der Rechnungshof schreibt, dass vereinheitlichte Jahresergebnis war durchgängig negativ. Das bedeutet, dass Wels zwischen 2010 und 2013 mehr ausgab als einnahm. Ganz einfach. Weiters schreibt er Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg einer Periode auf Basis der Rechnungsabschlüsse waren nur eingeschränkt möglich. Das bedeutet, dass die Zahlen so unvollständig und unverständlich aufbereitet wurden, dass weder BürgerInnen noch GemeinderätInnen eine vernünftige Entscheidung hatten fällen können. Warum stimmt man zu etwas zu, wenn man es nicht versteht und wenn es nicht gut aufbereitet ist? Der Rechnungshof schreibt weiter, die laufendenden Ausgaben der Stadt stiegen in den Jahren 2010 bis 2013 um 9 % oder 16,29 Mio. Euro. Die Ausgabensteigerungen waren in sämtlichen Ausgabengruppen festzustellen. Die Übersetzung: Man hat einfach die Kosten nicht im Griff. Im Hinblick auf die wiederholt negativen Jahresergebnisse war die finanzielle Dimension des außerordentlichen Haushaltes als kritisch zu beurteilen. Übersetzung: Man hat sich Dinge geleistet, die man sich einfach nicht leisten konnte.

Die Schulden stiegen. Man vergleicht im Rechnungshofbericht andere Städten, wie Dornbirn, St. Pölten, Villach, Wr. Neustadt. Diese Städte sind höher verschuldet, aber sie schafften es in den letzten Jahren die Schulden abzubauen. Nur Wels schaffte es nicht. Die Schulden der Einwohner der Stadt Wels sind deutlich, nämlich um 45 % in diesen Jahren gestiegen. Zu den Haftungen sei bemerkt, dass die Haftungen der Stadt Wels ein sehr großes Risiko für den Haushalt darstellen – das sagt der Rechnungshof.

Die Stadt Wels kann sich eigentlich über die niedrigen Zinsen sehr glücklich schätzen. Wären die Zinsen höher, würden wir viel mehr Geld für den Schuldendienst ausgeben. D.h. wir müssen unsere Schulden schleunigst reduzieren, sonst werden uns irgendwann einmal die Zinsen überfahren.

Dass wir jährlich negative Maastricht-Ergebnisse abliefern, ist auch ein Fakt. Ich möchte jetzt gar nicht auf Verfehlungen im Tiergarten oder auf die Probleme zum Welios eingehen. Dazu gibt es einen gesonderten Tagesordnungspunkt. Nur noch ein oder zwei Punkte aus dem Rechnungshofbericht: Dieser kritisiert das Beteiligungsmanagement der Stadt Wels. Beispielsweise wird die Heimstätte nicht miteinbezogen. Dazu gibt die Stadt Wels eine Stellungnahme ab, in der sie schreibt, die Heimstätte ist zwar zu 95 % im Eigentum der Stadt Wels, aber man hat im Vorstand mit 10 Stimmen nur eine Minderheit, darum ist die Heimstätte nicht den Beteiligungen der Stadt Wels zuzuordnen. Jeder aus der Privatwirtschaft „greift sich zu dieser Aussage auf den Kopf“.

Fakt ist, Wels hat ein Ausgabenproblem. Wir brauchen mittel- und langfristige Reformen. Wir brauchen Aufgaben, Evaluierungen und Strukturreformen in Wels. Bitte lassen sie uns in Wels nicht dieselben Fehler machen, wie unsere Bundesregierung. Nehmen sie als Negativbeispiel die Steuerreform. Das ist keine Steuerreform sondern ein homöopathisches Mittel gegen die kalte Progression. Das Ganze ist eine Farce. Machen wir es doch in Wels besser. Packen wir das Grundübel an der Wurzel und schauen wir uns die Strukturen an. Schauen wir wo Geld versickert und wo wir einsparen können. Lassen sie uns in Wels die Verwaltung schlanker aufstellen, zukunftssicher aufstellen, lassen sie uns auch die Politik in Wels verschlanken, heben wir die Einsparungspotentiale in der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden – auch hier ist einiges möglich -, schauen wir die Ausgaben ohne Scheuklappen an und vor allem ohne auf politisches Klientelpolitik zu achten.

Wir NEOS werden ganz intensiv auf das geplante Doppelbudget 2016/2017 schauen und nur dann zustimmen, wenn mittel- und langfristige Reformen damit verknüpft sind. Das ist unsere einzige Chance das Problem bei der Wurzel zu packen.

Wir werden unsere Schulden nur tilgen können, indem wir die Sparkassenanteile verkaufen. Ja, wir werden sie verkaufen müssen. Dies ist finanziell in Ordnung. Diese bringen uns im Jahr 600.000 Euro. Der Schuldendienst beträgt 6 Mio. Euro, d.h. wir sparen jährlich 5,4 Mio. Euro. Nichts desto trotz ist es wichtig, die vom Rechnungshofbericht empfohlenen Reformen, wie den Verkauf der Sparkassenanteile und damit die Schuldentilgung, durchzuführen. Sonst haben wir in einigen Jahren wieder Schulden und nichts mehr zu verkaufen.

GR. Schönberger: Der Rechnungshofbericht ist ein Konvolut aus Empfehlungen, eine Auflistung von verbesserungswürdigen Punkten. Diese wurden in mehr als 70 Punkten dargestellt. Uns als SPÖ-Fraktion ist klar, dass dies eine Handlungsanleitung für die nächsten Jahre sein wird, welche abzarbeiten und genau zu betrachten ist. Wir müssen schauen was ist sinnvoll, was liegt im Interesse der Welser BürgerInnen, was ist finanziell vernünftig abzarbeiten.

Zum Vieraugenprinzip bei den Beteiligungen: Wenn wir überall zwei Geschäftsführer mit vollen Bezügen einsetzen, ist das natürlich nicht billiger. Man muss schauen wo dies Sinn macht, wie kann man die Dinge angehen, um den Vorschlägen des Rechnungshofberichtes gerecht zu werden.

Natürlich kann das Budget bekrittelt werden, natürlich kann man sagen Wels ist so stark verschuldet. Die Kameralistik ist eines der schlechtesten Instrumente Vermögenswerte darzustellen. Das wissen alle, die in der Politik tätig sind. Wenn ich mir ein Haus kaufe und dafür einen Kredit aufnehme, habe ich nach Abzahlung des Kredites ein Haus – ein Vermögen. Das weiß jeder, der ein Haus hat und es nicht bar bezahlen konnte.

Aus der Wirtschaft kommend fehlt mir immer die Angabe über die Höhe des Anlagevermögens. Wie reich sind die Welser und Welserinnen? Auch das wäre einmal interessant zu erfahren. Dass man in Zeiten wie diesen sparen muss, ist für uns eine klare Sache. Darum trafen wir vor dem endgültigen Erstellen des Rechnungshofberichtes eine Übereinkunft dieser Abarbeitung zuzustimmen. Wie gesagt, nur dort wo dies Sinn macht und wo daraus ein Sinn für die Welser und Welserinnen abgeleitet werden kann, nicht einfach nur um des Handelns willens eine Empfehlung umzusetzen. In diesem Rechnungshofbericht sind Dinge enthalten, die nicht zu 100 % stimmig sind, beispielsweise die Nachfolge in der Welser Heimstätte. Zu den „vernünftigen“ Empfehlungen stehen wir, daran werden wir uns aktiv beteiligen.

GR. Haböck: Dieser Schmäh der SPÖ ist schon sehr alt und durchschaubar, denn zu behaupten, dass was die Stadt Wels mit dem Steuergeld baut, ist das Vermögen der Welserinnen und Welser, ist blanker Unsinn. Natürlich gehört die Schule, gehört der subventionierte Sportplatz, gehört das Welios oder das Affenhaus nicht dem einzelnen Bürger. Dafür hat er Eintritt zu zahlen und damit mit seinen Steuergeldern zu finanzieren.

Beim gebrachten Vergleich mit dem Hausbau, mit der dafür notwendigen Kreditaufnahme, haben einzelne Politiker noch immer nicht den Unterschied verstanden. Wenn sie einen Kredit aufnehmen und diesen zurückzahlen, müssen sie privat dafür eine Leistung erbringen, um das Geld wieder zu erarbeiten. Das eigene Geld zurückzahlen, um die Schulden zu bedienen. Der Staat, das Land, die Stadt macht dies auf anderem Weg, nämlich durch Zwangsgewalt über Steuern und Gebühren. Die Gebühren und die Steuern können beliebig erhöht oder gesenkt werden. Das ist ein kleiner Unterschied. Die Einnahmen der Stadt Wels stiegen ja. Es wird so getan – auch in der europapolitischen Debatte – als wäre kein Geld mehr da. Schauen sie sich doch die Abschlüsse an. Die Einnahmen der Stadt Wels steigen über die Steuern. Bestes Beispiel über die Kommunalsteuern, wo die Unternehmen mehr Geld zahlen und trotzdem die

Kosten immer höher werden und die Ausgaben immer steigen. Bitte nicht zu vermischen – es ist sehr gut wenn darauf hingewiesen wird, das ist noch milde formuliert. Danke, dass von den GRÜNEN und den NEOS das Bekenntnis dazu abgegeben wurde, der Schuldenstand in Wels ist ein Wahnsinn. In den Ausschuss-Sitzungen der letzten Jahre sind wir, wenn wir das als „junge ÖVPLer“ thematisierten, darauf verwiesen worden, dass die Stadt Steyr oder die Stadt Linz eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung haben.

Zum hundertsten Mal darf ich ihnen dazu meinen Standpunkt darlegen – ich möchte mich nicht mit Steyr und Linz messen. Diese Städte sind für mich kein Maßstab was Schuldenpolitik anbelangt – gerade Linz nicht. Ich möchte mich eher mit anderen Städten messen, wie beispielsweise München. Diese hat eine Milliarde Schulden abgebaut, oder andere Städte in Süddeutschland oder Österreich. Das wäre mein Anspruch an die Stadt Wels Schulden abzubauen und sich an den Städten zu orientieren, die kluge Investitionen tätigen und die die Pro-Kopf-Verschuldung senken. Wenn mein Nachbar mehr Schulden hat als ich, bringt es mir auch nichts, wenn ich hoch verschuldet bin und über meine Verhältnisse lebe. Dieses Argument darf ich ihnen nochmals mitgeben. Ich weiß es wird wieder nicht angenommen – aber es ist egal. Messen wir uns doch bitte mit den besten Städten und nicht mit den Städten, die über eine Milliarde Euro Schulden haben.

GR. Hufnagl: Zur Kritik, dass die NEOS außeracht lassen, dass die Stadt Wels keine Aktiva und kein Vermögen auflisten kann aufgrund der Kameralistik, darf ich anmerken, wir hatten den Tagesordnungspunkt 1. – dazu gab es von den NEOS einen Zusatzantrag, der u.a. beinhaltet, dass die Kameralistik umgestellt wird auf die von der EU präferierte International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese beinhaltet drei Säulen, nämlich die Ergebnisrechnung, Vermögensrechnung und Finanzrechnung. Stellen wir so schnell als möglich um, dann haben wir auch eine Übersicht über das Vermögen der Stadt.

GR. Schönberger: Kollege Haböck, sie haben schon Recht, dass das Affenhaus allen Welserinnen und Welsern gehört. Am Ende des Jahres erhalten sie einen Zahlschein für die Pro-Kopf-Verschuldung – das haben wir auch noch nicht eingeführt oder?

GR. LAbg. Dr. Csar: Einige Dinge möchte ich richtig stellen. Die Budgetsituation ist dramatisch – das wissen wir, das wurde in der Pressekonferenz verlautbart. Es darf nur ein Fehler nicht passieren, dass der Überbringer der schlechten Nachricht geköpft wird. Es ist richtig – FPÖ und ÖVP – Bgm. Dr. Rabl und ich hielten eine Pressekonferenz ab und zeigten ohne irgendetwas zu beschönigen auf, wie die Situation in der Stadt Wels sich darstellt. Das sind wir allen Politikern und Bürgern in Wels schuldig.

Nur wenn das ausgesprochen wird, was nicht gerne gehört wird, darf es nicht sein, dass derjenige, der dies ausspricht, sofort einen Schlag ins Gesicht erhält. Um diese Fairness ersuche ich.

Bei dieser Pressekonferenz wurde eigens gesagt, dass ein Defizit, ein Abgang zu erwarten ist. D.h. höhere Ausgaben als Einnahmen. Dazu darf der ordentliche mit dem außerordentlichen Haushalt nicht vermischt werden. Wenn man die erläuternden Bemerkungen zur Budgeterstellung liest, weiß man, dass diese Zahlen nicht vermischt werden dürfen. Als seriöser Politiker gehört damit verantwortungsvoll umgegangen. Auch darum ersuche ich.

In diesem Saal sind viele Zuhörer, darum dürfen sozusagen „nicht Kraut mit Rüben“ vermischt werden. Der ordentliche und außerordentliche Haushalt muss getrennt behandelt werden. Dieses Budget zeigt deutlich auf, dass der ordentliche Haushalt explodierte. Warum? Weil über Jahre hinweg keine Zukunftsmaschinerie in Gang gesetzt wurde. Erinnern kann ich mich an meinen ersten Gemeinderat im Jahre 2009, in welchem das Budget diskutiert wurde. Bereits

damals sagte ich, das Budget ist kein Zukunftsbudget sondern ein Verwaltungsbudget. Ein Budget, welches alles weiter schreibt und keine Perspektiven für die Zukunft, für die Weiterentwicklung der Welser und Welserinnen aufzeigt. Damals wäre es noch möglich gewesen. Im Jahr 2008 war die Stadt Wels schuldenfrei. Es folgten Jahre mit mehr Einnahmen als Ausgaben. Das alles wurde übersehen. Im Jahr 2011 kam diese teilweise stark kritisierte Spitalsreform. Für Wels ein ganz großer Knackpunkt, der sich positiv auswirkte. Der Krankenhausfinanzierungsbeitrag wurde ab dem Jahr 2011 um eine Million Euro gesenkt. Jeder, der dies liest und versteht, sagt wirklich, dass er gesenkt wurde.

Der damalige Finanzreferent Vzbgm. Hermann Wimmer gab dies in einer Gemeinderatsitzung zu. Also im Jahre 2011 wurde dieser gesenkt. Wenn wir das nun weiterschreiben würden, würden wir jetzt um 5 Mio. Euro mehr an Spitalskostenfinanzierungsbeitrag an das Land Oberösterreich zahlen. Durch die Spitalsreform geschah das nicht. D.h. einerseits durch diese Ausgabenüberschüsse, andererseits auch nicht mit dem vernünftigen Umgang mit möglichen Ressourcen haben wir uns in eine Richtung weiterentwickelt, welche für die Stadt Wels nicht positiv ist. Nun stehen wir vor dieser Situation, mit der wir dementsprechend umgehen müssen.

Es ist notwendig Zukunftsszenarien aufzuzeigen. Deswegen soll die Zukunft mit dem Rechnungshofbericht berücksichtigt werden. Es ist wichtig diese Rechnungshofempfehlungen umzusetzen. Einige Punkte wurden bereits umgesetzt. Die restlichen werden Punkt für Punkt abgearbeitet. Die ÖVP wird streng darauf schauen für die Stadt Wels unter Zuhilfenahme des Rechnungshofberichtes ein Zukunftsszenario aufzeigen zu können. In der Verwaltung, in der Organisationsstruktur, bei der Ausgangspolitik, in der Verantwortlichkeit der Ausgaben wird sich die ÖVP weiterhin engagieren, damit die Zukunft in der Stadt Wels positiv ist.

GR. Wildfellner: Wir hörten einen Vortrag über den ordentlichen Haushalt. Anscheinend haben wir alle vergessen, dass wir durch die Gratiskindergärten, durch die Erhöhung der Mindestsicherungen und durch die Errichtung der Pflegeheime mehr Personal brauchen. Dazu kommt noch, dass die sozial schwachen Menschen in unserer Stadt immer mehr werden. Dies vergaßen sie in ihren Wortmeldungen. D.h. diese Ausgaben waren nicht aus Jux und Tollerei, sondern die Ausgaben waren Maßnahmen, die eine Stadt dagegen setzen musste.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die engagierte Debatte. Es ist korrekt, es gibt ein Arbeitsabkommen zwischen SPÖ, ÖVP und der FPÖ, dass die Rechnungshofempfehlungen umzusetzen sind. Das ist mir wichtig. Es gibt dazu eine einhellige Meinung. Es wird eine gemeinsame Vorgangsweise geben. Nur sind wir uns schon auch im Klaren, was das bedeutet. Der Rechnungshof kritisierte sehr klar, dass wir gerade bei den Ausgaben zu sparen haben. Der Budgeterstellungprozess ist im Entstehen. Die Referentengespräche werden laufen. Wenn wir die Pflicht- und Ermessenssubventionen um ein Drittel kürzen, reicht das nicht aus einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen. Ich möchte dann von den GRÜNEN und den NEOS nicht hören, naja bei der Kultur dürfen wir aber nicht sparen, beim Sport dürfen wir nicht sparen usw. Weil die GRÜNEN im Ergebnis, lieber Mag. Teubl, deswegen dem Budget nicht zustimmten, weil sie sagten, wir brauchen noch höhere Investitionen – wohl gemerkt. D.h. nicht weil wir so viel gespart hätten, sondern weil wir zu wenig ausgegeben hätten. Deswegen sagten die GRÜNEN nein zum Budget. Das ergibt sich im Übrigen auch aus den Budgetreden des Mag. Walter Teubl in diesem Zusammenhang.

Also, wenn wir dieses Jahr und die nächsten zwei Jahre nicht diese Investitionen tätigen können, weil wir es uns schlichtweg nicht leisten können, wenn wir nicht in dem Ausmaß, wie ich es mir wünschen würde, sozial Schwache unterstützen können, wenn wir heute beispielsweise die Beschlüsse aufheben im Zusammenhang mit Subventionen bzw. mit Förderungen – immerhin 10 Förderrichtlinien, die wir heute aufheben - erwarte ich mir ebenfalls, dass die GRÜNEN jetzt sagen ja. Wenn es darum geht diese Förderrichtlinien aufzuheben, wo wir uns nachweislich nicht nur die Arbeit von sechs Mitarbeitern sparen, die dies bisher

verwalteten, sondern darüber hinaus auch eine Million Euro. Hier schreien die GRÜNEN als Erstes und sagen, das geht natürlich nicht. D.h. also, dass wird der Wahrheitsbeweis sein. Alles andere ist billiger Populismus auf der einen Seite zu sagen wir wollen sparen, wir haben viel zu viel ausgegeben und viel zu viel investiert. Auf der anderen Seite, wenn es darum geht Sparschritte zu ergreifen, zu sagen, ja sparen schon, aber bitte nicht hier. Es wird über das ganze Budget sehr schwierig sein diese Einsparungsschritte tatsächlich zu vollziehen. Es wird eine große Herausforderung für diesen Gemeinderat und es wird kein Bereich – ich betone gar kein Bereich – verschont bleiben können, weil wir nach den Prognosen des Finanzdirektors Dr. Barth allein im Jahr 2016 5,8 Mio. Euro minus im ordentlichen Haushalt haben, im Jahr 2017 sind es schon 7,2 Mio. Euro. Hier frage ich mich dann, wie sehr und wie weit der Sparwille auch tatsächlich geht. Es geht in tiefe Bereiche hinein. Das betrifft die Errichtung von Kindergärten, die Errichtung von Schulen, die Errichtung von Jugendzentren usw., für die uns das Geld derzeit fehlt. Das möchte ich betonen. Gleichzeitig gibt es dann vielleicht nicht so viel Verständnis, wenn wir sagen wir sollen einen zweiten Geschäftsführer einstellen, wir sollen das Vier-Augen-Prinzip verwirklichen, wir sollen Aufsichtsräte einführen usw. Das alles ist verbunden mit Kosten, gleichzeitig sollen wir jedoch sparen. Das wird sicher eine große Herausforderung werden.

Herr Hufnagl, was die Kameralistik betrifft, so kann ich sie beruhigen. Minister Schelling erließ in der Zwischenzeit eine Verordnung. Ab 2019 kommt diese VRV, die Doppik wird eingeführt. Wie mir der Finanzdirektor versicherte, ist Wels auf einem guten Weg rechtzeitig diese Umsetzung zu schaffen.

Was den Tiergarten und die Kostenüberschreitung in diesem Bereich betrifft, so gab es keine Kostenüberschreitung. Es wurden nur bisher die Amtsberichte so ausgefertigt, dass man sagte, alles was externe Kosten sind, d.h. Fremdvergaben an Drittunternehmen etc., scheinen im Amtsbericht auf. Alles was interne Kosten betrifft, d.h. was Magistratsbedienstete selbst machen, z.B. Tischler-, Maurer- oder Gärtnerarbeiten, scheinen im Amtsbericht nicht auf. Es war eine einhellige Linie. Erstmals kritisierte der Rechnungshof diese Art der Darstellung. Das war beim Tiergartenbuffet der Fall, das unter meinem Vorgänger Manfred Hochhauser noch fertiggestellt wurde. Ich war gerade ein Monat im Amt, wurde das Buffet eröffnet. Mit diesem habe ich eigentlich gar nichts zu tun. Aber auch er hat keine Kostenüberschreitung zu verantworten sondern er hat nur zu verantworten, dass 60.000 Euro ausgegeben wurden an Drittunternehmen. Den Rest erledigte der städtische Bauhof. Es kostete natürlich in Summe mehr. Es war eine Darstellung, die wir jahrzehntelang in der Stadt Wels immer pflegten. Deshalb gab es keine Kostenüberschreitung. Es war schlichtweg eine Frage der Darstellung.

Was jetzt die Vorschläge betrifft, wie man sparen kann: Auch da werde ich selbstverständlich die GRÜNEN und die NEOS gerne einladen und einbinden, sie mögen mir doch sagen in welchen Bereichen die Stadt Wels aus ihrer Sicht sparen kann. Nicht nur zu sagen wir müssen beim Personal sparen, sondern konkret wo. Wie wir alle wissen gibt es im Bereich der Altersheime einen Personalschlüssel. Dort kann ich gar nicht sparen, sonst mache ich mich strafbar und alle, die dies umsetzen, ebenfalls. Dazu muss man noch überlegen, dass wir in der Stadt Wels ein Personalrecht haben, das durchaus sehr strikt ist und mitarbeiterfreundlich, weshalb Flexibilität in diesem Bereich sehr schwierig wird. Aber auch im Sachbereich wird es sehr schwierig werden zu sparen, weil die meisten diesbezüglichen Ausgaben gesetzlich bedingt sind. Das beginnt beim Krankenanstaltenbeitrag, wie dies Dr. Csar ohnehin bereits erwähnte, und geht bis zur Landesumlage usw. Auch hier ist nur ein eingeschränktes Sparvolumen vorhanden, weshalb im Wesentlichen die Subventionen und Förderungen übrig bleiben. Ich werde mir anschauen, wer sich als Erstes darüber aufregt, weil der oder jener Verein, der einem nahe steht, keine oder weniger Förderungen erhält. Also, es wird sicher noch ein bitterer Prozess, der bei allen Politikern im Übrigen aufschlagen wird, auch beim Finanzreferenten und Bürgermeister. Gerade den Vereinen, die durch fleißige freiwillige Helfer engagiert sind, müssen wir das Geld wegnehmen, weil es anders leider nicht möglich ist.

Wir stehen also derzeit vor einer großen Herausforderung. Ich verheiße heiße Diskussionen noch im Zusammenhang mit der Budgeterstellung. Es ist jedoch wichtig diese Dinge zu betrachten und im Auge zu behalten, wenn es darum geht, Forderungen aufzustellen für zusätzliche Einrichtungen in der Stadt Wels. Das wird in Zukunft schwierig werden. Wir sollten uns eher darüber unterhalten, welche Leistungen wir einschränken können, ohne dass die Bevölkerung einen großen Qualitätsverlust und einen Verlust der Lebensqualität in Wels zu bewältigen hat. In diesem Sinne ersuche ich den Rechnungshofbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Vzbgm. Kroiß: Vielen Dank. Bei diesem Tagesordnungspunkt kommt es zu keiner Abstimmung, nur zu einer Debatte, weil die Feststellungen des Rechnungshofes weder einer Bestätigung bedürfen noch abgeändert werden können.

3.)

WELIOS Betriebs-GmbH; Gewährung von Gesellschafterzuschüssen für 2016 und 2017; Veranstaltungs-GmbH für städtische Einrichtungen;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
FD-BetM-26-2015

Der Antrag (Anlage 6) lautet:

1. Die Stadt Wels gewährt der Welios Betriebs-GmbH für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 pro Jahr einen nicht rückzahlbaren Gesellschafterzuschuss in Höhe bis zu maximal 900.000,00 Euro zur Abdeckung des jeweiligen jährlichen Jahresfehlbetrages. Jene Mittel, die in einem Jahr nicht verbraucht werden, können auf die Folgejahre übertragen werden. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach dem Bedarf der Gesellschaft.
2. Die Punkte 2. und 3. des Beschlusses des Gemeinderates vom 29.10.2012 bleiben unverändert aufrecht.
3. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, ein Konzept für einen Projektauftrag zur Errichtung einer Veranstaltungs-GmbH, wie unter Punkt 2. des Amtsberichtes angeführt, bis Anfang 2016 vorzulegen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 i.d.g.F. durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Hufnagl: Ich war schon einmal im Welios und damit einer der 51.000 Besucher im Jahr 2014. Mir hat es dort wirklich sehr gut gefallen. Bei Gesprächen mit der Bevölkerung hört man, es wird gerne mit den Kindern und Enkelkindern besucht. Die Zahlen sprechen objektiv gesehen eine ganz andere Sprache. Das Welios ist ein ziemlich teures Problem. Es empfiehlt sich den Rechnungshofbericht zum Welios anzusehen. Dieser besagt, bis März 2015 lag für die Zeit ab Ende 2015 weder ein inhaltliches noch ein finanzielles Konzept für die Zukunft des Welios vor. Mit einer technischen FH bestand eine Kooperationsidee. Ich sage, trotz dieses Amtsberichtes, liegt heute immer noch kein vernünftiges Konzept vor.

Betrachten wir den Inhalt dieses Amtsberichtes und den Beschlussantrag. Laut Gesprächen mit der Geschäftsführung wird die Attraktivierung geplant durch zusätzliche Sonderausstellungen, durch verbesserte Werbung, qualitative und quantitative Verbesserungen in der Personalsituation und durch Anschaffung von neuen Exponaten bzw. Modernisierung der

bestehenden. Diese Maßnahmen kosten alle Geld. Die Einnahmen sollen durch Kooperation mit der FH, mit dem Planetarium Wien und mit der Messe im Bereich der Werbung erzielt werden. Als Ziel wird die Steigerung der Besucherzahlen von 51.000 im Jahr 2014 auf 70.000 im Jahr 2020 angegeben. Wie kommt man zur Annahme einer Erhöhung der Besucher um 20.000? Der Rechnungshof empfiehlt Experten für die Besucherzahlenprognose heranzuziehen. Das wird aber auch nicht gemacht. Ich nehme es einfach einmal zur Kenntnis. Irgendwer wird sich schon Gedanken darüber gemacht haben.

Diese 20.000 zusätzlichen Besucher multipliziert mit dem durchschnittlichen Eintrittsgeld von 5,08 Euro (11 Euro für Erwachsene, Jugendliche zahlen weniger, Kinder gar nichts) ergibt ca. 100.000 Euro Mehreinnahmen im Jahr. Die Kooperation mit der FH wird Mieteinnahmen durch Vermietung von 170 m<sup>2</sup> für Laborflächen ca. 11.000 Euro pro Jahr bringen. Das ergibt 112.000 Euro mehr an Einnahmen. Die Stadt Wels schießt aber jährlich 900.000 Euro zu. Gleichzeitig wird hier von Verbesserungsmaßnahmen gesprochen. Es ist geplant, in den Jahren 2017 und 2019 jeweils 300.000 Euro zu investieren in neue Exponate. Woher kommt dieses Geld? Von der Erhöhung eines Werbeaufwandes und des Personalaufwandes ist in dieser übermittelten Anlage nicht viel zu erkennen.

Diese 900.000 Euro sind aber nicht das einzige Geld, welches wir Steuerzahler in das Welios stecken. Es gibt beispielsweise einen Sponsoringvertrag über 100.000 Euro mit dem E-Werk Wels, welche sich im Eigentum der Stadt Wels befindet. Das heißt, wir Steuerzahler stecken noch einmal 100.000 Euro aus einem zwar anderen Topf, über eine AG, hinein. Wir finanzieren das E-Werk schließlich über unsere Strom-, Kanal- und Gasgebühren. Die Stadt Wels förderte das Welios bei der Errichtung mit 10 Mio. Euro. Dazu gibt es einen Darlehensvertrag über 15 Jahre. Auch das zahlen wir!

Im gegenständlichen Antrag steht, dass das Welios mit anderen städtischen Einrichtungen, wie das Welldorado oder mit anderen Museen in eine städtische Gesellschaft zusammengefasst werden soll. Was ändert das? Gar nichts! Meiner Meinung nach werden die eigentlichen Kosten intransparent. Das Welios wird den Welserinnen und Welsern mehr als eine Mio. Euro jährlich kosten. Zusätzlich müssen irgendwie diese erneuernden Exponate finanziert werden. Es muss einfach gesagt werden: Das Welios kostet uns das.

Auch die Statistik Austria verweist darauf, dass öffentliche Museen nur in den seltensten Fällen auch wirklich kostendeckend arbeiten. Aufgrund mangelnder Konzepte wird sich auch der Zuschuss der Stadt Wels nicht verringern. Warum wird hier keine Kreativität gezeigt und versucht einen Teil des Welios in eine Gründerwerkstätte umzuwandeln? Warum wird nicht versucht – wie vom Rechnungshof vorgeschlagen – die Veranstaltungsräume besser zu nutzen und mehr zu vermieten? Warum wird nicht endlich das neue Seminarhotel gebaut und eine Verbindung mit dem Welios geschaffen? Warum werden nicht die Gemeinderatssitzungen dort abgehalten? Wir wissen alle, die Vorbereitungen dieser Sitzungen hier in diesem großen Saal ein irrsinniger Aufwand ist. Lassen sie uns darüber nachdenken.

Wir NEOS werden diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass die Kosten der Zusammenführung in eine städtische Veranstaltungs-GmbH nicht sinnvoll sind und hier Kosten verschleiert werden. Es wird Empfehlungen des Rechnungshofes nicht Rechnung getragen, wie z. B. durch vermehrte Vermietung des Saales Einnahmen zu lukrieren. Wir erachten diesen vorliegenden Businessplan nicht als seriös, weil er überhaupt keine kreativen Ideen zur Verminderung der Kosten beinhaltet.

GR. Mag. Parzmayr stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verkürzung der Redezeit auf 5 Minuten für alle restlichen Tagesordnungspunkte.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Parzmayr auf Verkürzung der Redezeit wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte kurz erklären, warum wir der Vorausverfügung zustimmten und warum wir heute im Gemeinderat diesem Tagesordnungspunkt wieder zustimmen werden. Nach reiflicher Überlegung im Sommer 2015 sagten wir, dass es für das Welios wichtig ist, eine seriöse Diskussion zu führen. Eine solche kann nicht im Rahmen des Wahlkampfes geführt werden, sondern erst 2016. Deshalb muss eine gewisse Sicherheit für das Personal des Welios vorhanden sein. Die nächste Zeit soll dafür genützt werden ein Zukunftsprogramm zu erstellen. Die Geschäftsführung soll ein Konzept erstellen, das aufzeigt, wie es mit dem Welios weitergehen kann, wie die Einnahmen gesteigert werden können bzw. die weitere Nutzung festgelegt wird. Andererseits soll überlegt werden, ob ein Ausstieg der Stadt Wels aus dem Vertrag überhaupt möglich ist. Fallen dabei Kosten an oder muss möglicherweise eine EU-Förderung in beträchtlicher Höhe zurückgezahlt werden? Welche Konsequenzen hat es für uns, wenn wir sagen es geht nicht mehr weiter?

Das Nutzungskonzept sollte neben der Fachhochschule noch andere Möglichkeiten zur Nutzung von Synergien prüfen, wie beispielsweise die eben vorgeschlagene Abhaltung der Gemeinderatssitzungen im Welios. Das ist wahrscheinlich leichter gesagt als getan. Dieser Vorschlag wird das Welios aber nicht von heute auf morgen retten. Es gibt viele Ideen und Möglichkeiten, die entsprechend überlegt gehören. Wenn wir heute diesen Beschluss nicht fassen, ist das Welios ab sofort insolvent, d.h. ab morgen würde es zugesperrt werden, die Beschäftigten arbeitslos und ein Ausstiegsszenarium müsste sofort gemacht werden. Aus politischer Verantwortlichkeit in Hinblick auf das Gesamtgefüge muss das bei der heutigen Abstimmung berücksichtigt werden.

StR. Reindl-Schwaighofer: Diskussionen über das Welios führten wir schon öfter im Gemeinderat. Ich möchte mich bei den Fraktionen bedanken, die den Bestand des Welios fürs erste absichern und ein gemeinsames Szenarium entwickeln wollen, wie wir mit dieser hervorragenden Bildungseinrichtung umgehen wollen. Es gibt sehr viele Vorschläge in diesem Zusammenhang und einige sind schon angearbeitet. Das Beispiel mit der Kooperation der Fachhochschule spricht für weitere Nutzungsmöglichkeiten dieses Gebäudes. Ein Vorschlag der ÖVP-Fraktion ist die Zusammenführung und die gemeinsame Vermarktung der vielen verschiedenen ähnlichen Strukturen in unserer Stadt. Ich bin überzeugt, dass viele Aktivitäten des Marketings der Stadt Wels und seiner Einrichtungen zu wenig koordiniert sind, deshalb wäre so ein Zusammenschluss eine gute Möglichkeit die Kräfte zu bündeln und die unterschiedlichen Ausprägungen gut an die Besucher zu bringen.

Dr. Csar erwähnte es bereits, wenn wir nicht eine gewisse Zeit den Betrieb des Welios aufrechterhalten, laufen wir Gefahr EU-Förderungen zurückzahlen zu müssen. Es müssen hier auch die Hintergründe betrachtet werden. Ich finde, das Welios ist eine hervorragende Bildungseinrichtung, darf aber offiziell nicht als Teil von Schulveranstaltungen verwendet werden. Die Frage des Besuches wäre eine ganz andere, wenn die Lehrerinnen und Lehrer es für ihre Exkursionen und Schulausflüge verwenden könnten. Das Welios hat einen Teil ihrer Hausaufgaben erledigt. Bei der Klausursitzung der Fraktionsvorsitzenden gab es einen mehrjährigen Plan. Wie schaut die Entwicklung des Welios bzw. des Businessplanes aus? Dieser wurde mit einer renommierten Welser Steuerberatungskanzlei erarbeitet. Es ist eine gute Grundlage diesen vorausverfügten Beschluss zu fällen und ihn heute zu bestätigen.

GR. Mag. Mayrhofer: Wollen wir das Welios oder wollen wir es nicht? Die heutige Debatte zeigt wieder einmal, dass die grundsätzliche Frage noch nicht beantwortet ist. Diese Frage hätte aber für uns schon 2008 beantwortet sein sollen. Sie zeigt eindeutig, worin wir in Wels Meisterinnen und Meister sind: im Schlechtreden von Einrichtungen unserer Stadt. Ja, das Welios hat Probleme. Ja, es muss etwas getan werden, es braucht ein klares Konzept und es braucht vor allem dazu ein klares Bekenntnis der Politikerinnen und Politiker in dieser Stadt. Ein interessanter Absatz im Amtsbericht lautet: Es braucht ein notwendiges Signal für Besucherinnen und Besucher, für Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner und für Sponsoren.

Was bedeutet das? Das heißt, die Leute wissen nicht, ob es das Welios noch gibt oder nicht. Ist das Welios bankrott oder hat es noch offen? Das ist ein Armutszeugnis. Ein weiterer Aspekt betrifft diese gemeinsame Veranstaltungs-GmbH, die vom Magistrat geprüft werden soll. Bitte tun wir das! In Linz macht diese gemeinsame Veranstaltungs-GmbH durchaus Sinn, um eine bessere Koordinierung der Aktivitäten zu erreichen und vor allem um eine bessere Zusammenarbeit zu erzielen. Und das ist im Sinne unserer Stadt.

GR. Hufnagl: Ich kann dem Argument von Dr. Csar bezüglich eines Konkurses des Welios etwas abgewinnen, aber dann lassen sie uns doch diese Finanzierungszusage nur bis 2016 beschließen. Es würde den Druck erhöhen, dieses Thema nächstes Jahr bis ins Detail zu besprechen und ein vernünftiges Konzept auszuarbeiten. Bei einer Finanzierungszusage bis 2017 verschleppt sich wieder alles.

Bgm. Dr. Rabl: Der angesprochene Rechnungshofbericht ist ein Beispiel dafür, was sich nicht so einfach verwirklichen lässt. Die Empfehlung des Rechnungshofberichtes die Errichtungs-GmbH - das ist jene GmbH, die das Gebäude errichtet hat - und die Betriebs-GmbH - das ist jene Gesellschaft, die das Gebäude betreibt - zusammenzulegen, geht deshalb nicht, weil wir dazu die Zustimmung des Landes brauchen. Diese Zustimmung wird wahrscheinlich nicht erteilt. Die Freiheitliche Fraktion wird sich bei diesem Tagesordnungspunkt der Stimme enthalten. Ursprünglich stimmten wir dagegen, weil wir der Meinung waren, dass Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Inzwischen tut sich aber etwas, weshalb ich sehr zuversichtlich bin vom Land eine Unterstützung zu erhalten. Mit Peter Lehner und Dr. Peter Csar bin ich im ständigen Austausch, ob wir es nicht doch schaffen das Land Oberösterreich zu überzeugen fallweise für Projekte oder laufend einen Beitrag zu leisten, um den Abgang beim Welios zu reduzieren.

Welche Einsparungsmaßnahmen können wir selbst noch setzen? Beispielsweise werden die Putzdienste im Welios fremdvergeben. In der Stadt Wels wurde das Reinigungsintervall erhöht, dadurch wäre es in der Folge möglich überzählige Putzkräfte beim Welios zum Einsatz zu bringen, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür vorliegen und die diesbezüglichen Verträge angepasst werden können. Das ist zur Zeit in Prüfung. Es ist aber ein kleiner Beitrag, der geleistet werden kann, damit die Stadt effizienter arbeitet und die Kosten entsprechend reduziert werden können. Ob sich das verwirklichen lässt, wird die rechtliche Prüfung zeigen.

Tatsächlich ist dieser Beschluss notwendig, um eine Insolvenz abzuwenden. Sollten wir diesen Beschluss heute nicht fassen, müsste das Welios Konkurs anmelden.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 18 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
16 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion + NEOS)

angenommen.

GR. DI. Haydinger ist bei der Abstimmung zu Punkt 3. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2015 vom 24.06.2015

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 01.12.2015 und im Stadtsenat vom 07.07.2015:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS + Mag. Mayerhofer)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. DI. Haydinger und GR. Scheinecker sind bei der Abstimmung zu Punkt 4. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2015 vom 09.09.2015

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 01.12.2015 und im Stadtsenat vom 22.09.2015:

Die in der Anlage 1, 2 und 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS + Mag. Mayerhofer)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. DI. Haydinger und GR. Scheinecker sind bei der Abstimmung zu Punkt 5. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2015 vom 19.11.2015

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss vom 01.12.2015 und im Stadtsenat vom 01.12.2015:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS+ Mag. Mayerhofer)  
2 Stimmenthaltungen (Mag. Teubl + MMag. Rumersdorfer)

angenommen.

GR. DI. Haydinger und GR. Scheinecker sind bei der Abstimmung zu Punkt 6. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2015 vom 19.11.2015

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 01.12.2015:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlagen 1 und 2) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 3 und 4) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

8.)

Umsatzsteuer; Gemeinnützigkeit;  
FD-Buch-35-2015

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 01.12.2015:

Die nachstehend angeführten und in den Anlagen ersichtlichen Satzungen werden genehmigt:

1. Satzung Kindergärten, Kindergärten- und Schülerhorte-Küchen, Schülerhorte
2. Satzung Jugendherberge
3. Satzung Jugendförderung und –betreuung (Veranstaltungen)
4. Satzung Stadtbücherei
5. Satzung Theater-, Musik- und Gesangsaufführungen
6. Satzung Museen
7. Satzung Seniorenbetreuung – Aktivpass
8. Satzung Tierheim (Arche Wels)
9. Satzung Tiergarten.

GR. Wildfellner: Ich verstehe durchaus, dass durch die Gemeinnützigkeit die Welserinnen und Welser von einer Mehrwertsteuererhöhung verschont bleiben sollen, gebe aber zu bedenken, dass diese Gemeinnützigkeit noch nicht von der Finanzbehörde überprüft ist. Daher werde ich mich hier der Stimme enthalten.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Änderungen der Statuten finden im Einklang mit den anderen Städten statt. Wir müssen sehen, wie die Finanzbehörde auf dieses gemeinsame Vorgehen der Städte reagiert. Es ist aber ein gesetzlich breiter Spielraum gegeben. Diese Vorgehensweise wurde mit dem Städtebund abgeklärt und von diesem auch empfohlen. Im Sinne einer sparsamen, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Haushaltsführung ist dieses Vorgehen durchaus gerechtfertigt und nicht als Finanzspekulation sondern als Steueroptimierung einzustufen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
2 Stimmenthaltungen (Wildfellner + Schönberger)

angenommen.

GR. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 8. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

9.)

Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrations-Sportzentrums und einer Baseballanlage in Wels, Wimpassing;  
Genehmigung des Bestand- und Superädifikatsvertrages – Abänderung;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
KI-Sport-120-2012

Der Antrag (Anlage 12) lautet:

Der Sideletter zum Bestand- und Superädifikatsvertrag abgeschlossen zwischen der Wels Betriebsansiedelungs-GmbH und der Stadt Wels wird genehmigt.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 i.d.g.F. durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion +NEOS)  
gegen 1 Stimmenthaltung (Mag. Mayerhofer)

angenommen.

Vzbgm. Huber und GR. Wimmer sind bei der Abstimmung zu Punkt 9. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

10.)

RSW Radsport Wels; Subventionsvereinbarung  
für die Jahre 2015, 2016 und 2017;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
und Abänderung der Subventionsvereinbarung  
KI-Sport-103-2015

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 01.12.2015:

Die Subventionsvereinbarung und die Abänderung der Subventionsvereinbarung vom 25.09.2015, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der RSW Radsport Wels GmbH, werden genehmigt.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs.5 StW. 1992 i.d.g.F. durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Mag. Humer: Es liegt uns hier eine Vorausverfügung durch den Stadtsenat und eine Vereinbarung zwischen der Stadt Wels mit dem RSW Radsport Wels vor. Ich denke schon an eine Rechtssicherung für den Radsport Wels, denn der Gemeinderat kann nur formaljuristisch das genehmigen, was vom Stadtsenat vorausverfügt wurde. Diese Vorausverfügung fand schon vor der Wahl statt mit der Stimmenthaltung der FPÖ-Fraktion. Um es als Jurist zu sagen: pacta sunt servanda, sollte der Radsportclub die Rechtssicherheit haben - was im September gegolten hat, das soll auch noch im Dezember gelten.

Es wird die budgetäre Lage diskutiert, aber diese Subventionsvereinbarung wurde vor der Wahl unterschrieben. Die SPÖ-Fraktion enthielt sich schon im Ausschuss der Stimme. Der Radsportclub Wels leistet hervorragende Arbeit und benötigt keine große Halleninfrastruktur. Eine Vereinbarung auf drei Jahre ist nicht die übliche Vorgehensweise, aber dieser Verein will sich weiterentwickeln und es gibt nicht viele Vereine in dieser Stadt, die über die Region hinaus in Europa tätig werden wollen. Außerdem ist er ein positiver Imagerträger unserer Stadt.

Ich komme noch einmal darauf zurück. Es gibt diese Vereinbarung und diese wurde ohne diesen Passus im Stadtsenat aufgrund der Dringlichkeit vorausverfügt. Der Gemeinderat kann diese Vereinbarung nur in dieser Form genehmigen und nicht mit einer allfälligen Abänderung. Deshalb wird sich die SPÖ-Fraktion der Stimme enthalten, das heißt, nicht aufgrund der ursprünglichen Vorausverfügung, sondern aufgrund dieser Abänderung.

StR. Lehner: Ich glaube es ist entscheidend, dass wir hier eine Vereinbarung getroffen haben, die mit dem Radsport Wels abgestimmt wurde. Es wäre sicher nicht fair einseitig einen Vertrag zu verändern. Es ist aber auch fair, wenn in allen Bereichen der Stadt Wels aufgrund der

budgetären Situation Kürzungen vorgenommen werden. Auch die Reduktion der Fördermittel mit Sportvereinen ist zu diskutieren. Der eine Verein, der durch „Zufall“ noch vor der Wahl eine Vereinbarung abgeschlossen hat, wird bevorzugt. Es braucht eine Gleichbehandlung der Welser Vereine. Es braucht auch eine Gleichbehandlung von Sport, Kultur und Bildung. Danke dem RSW, der sich bereit erklärte diese Vereinbarung zu akzeptieren. Andererseits ist es wichtig den Radsportverein in Wels zu unterstützen. Daher bin ich froh, heute gemeinsam dieses Zeichen setzen zu können, als Stadt Wels sparsam zu agieren. Der Sport und das Ehrenamt sind sehr wichtig und wertvoll.

GR. Mag. Prof. Teubl: Aus Anlass dieses Punktes möchte ich ganz allgemein zum Thema Sportförderung Stellung nehmen. Wir werden noch abarbeiten, was es noch abzuarbeiten gibt. Ich glaube, im nächsten Jahr – da möchte ich an den Sportreferenten appellieren - brauchen wir eine andere Regelung als bisher. Bisher gab es Fördermittel für die Sportvereine aus den unterschiedlichsten Titeln. Es hagelte ständig irgendwelche Beschlüsse, sei es die Förderung für die bauliche Maßnahme, für die Förderung des laufenden Betriebes, für die Inanspruchnahme einer Turnhalle, für Jubiläen oder für Siege.

Es kennt sich keiner mehr aus, was welcher Verein erhält. Das muss zusammengeführt werden. Es braucht auch im Sport eine sinnvolle Förderungsplanung. Ich würde mir eine Vorlage wünschen, die Verein für Verein auflistet, warum welcher Verein wieviel bekommt, damit ein Überblick und Fairness zwischen den Vereinen herrscht und damit dem Prinzip der Sparsamkeit Rechnung getragen wird.

GR. Stojanovic, BSc: Hier ist noch einmal konkret festzuhalten, dass diese Abänderung mit dem Radclub abgestimmt wurde. Dafür bedanken wir uns und wir sollten doch schauen, das so zu beschließen, wie mit dem Radclub vereinbart und diesen Passus mitaufnehmen.

Vzgbm. Kroiß: Ich kann nur das von Kollegen Humer und Lehner Gesagte wiederholen. Natürlich wollen wir den Radclub fair behandeln. Es wäre nicht fair gewesen, hätten wir den Passus ohne die Zustimmung des Radclubs gemacht. Kollege Humer, ich weiß, es gibt eine gute Zusammenarbeit mit dem Radclub, daher nochmals mein Dank an den Radclub.

Zum Kollegen Mag. Teubl möchte ich anführen, dass die meisten dieser „gehagelten“ Beschlüsse im Sportausschuss behandelt wurden, die meisten einstimmig und sehr viele sogar mit Zustimmung der GRÜNE-Fraktion. Ich denke, die GRÜNE-Fraktion war sehr wohl informiert. Transparenz und Sparsamkeit sind ganz besonders wichtig.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
8 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Schönberger und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu Punkt 10. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

11.)

Eisenbahnersportverein Wels;  
Zuschuss zu den Betriebskosten;  
KI-Sport-103-2015

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 01.12.2015:

Der Eisenbahnersportverein Wels erhält einen Zuschuss zu den Betriebskosten 2015 in der Höhe von 60.000 Euro.

Der vorgesehene Subventionsbetrag ist in einem zur Auszahlung zu bringen. Ein Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist vorzulegen.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Eisenbahnersportverein erhielt im heurigen Jahr bereits 55.000 Euro für die Sanierung der Fußballplätze. Jetzt steht wieder ein Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro für Betriebskosten an. Die Betriebskosten des Eisenbahnersportvereins senkten sich minimal auf jährlich 90.000 Euro und trotzdem strebt die Stadt Wels eine Erhöhung des Zuschusses von 40.000 Euro im Jahr 2014 auf 60.000 Euro im Jahr 2015 an. Für mich ist das unverständlich, wo wir doch heute schon in vielfältiger Weise hörten, wie wichtig es ist zu sparen, sich jede Ausgabe doppelt und dreifach anzusehen. Ich hätte gerne, dies auch in diesem Zusammenhang zu tun. 40.000 Euro als Betriebskostenzuschuss ist eine beachtliche Summe, die von Seiten der Stadt Wels geleistet würde.

GR. Mag. Humer: Ich möchte mich dem Sportreferenten anschließen, denn der Eisenbahnersportverein leistet ganz hervorragende Arbeit vom Nachwuchs bis zur Kampfmannschaft. Es handelt sich dabei um einen der ganz wenigen Vereine, der nicht auf einer stadteigenen Anlage den Sport ausübt - sie haben ihre eigene Anlage. Es ist eine große Herausforderung diese zu betreiben und zu betreuen. Diesen Zuschuss halte ich für gerechtfertigt und es wurde darüber sehr engagiert im Ausschuss diskutiert. Frau Mag. Mayerhofer, sind sie doch etwas mehr offen für Sport! Sport fördert die Gesundheit und die Vitalität im Alter wird gesteigert.

Respekt und Anerkennung dafür diese riesige Anlage in Eigenregie zu betreuen und daher wird die SPÖ-Fraktion diesem Zuschuss natürlich zustimmen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, Mag. Teubl + NEOS)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat ist bei der Abstimmung zu Punkt 9. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

12.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Bädertarifordnung 2000 abgeändert wird (7. Novelle zur Bädertarifordnung 2000)  
SB-FzB-27-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 01.12.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 7. Novelle zur Bädertarifordnung 2000 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke dem Referenten. Es gibt eine Vereinbarung aller Fraktionen, dass die Debatte über die Abschaffung der Förderrichtlinien gesammelt zu diesem Tagesordnungspunkt geführt wird.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

13.)

Beschluss des Gemeinderates, mit dem die Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufgehoben werden  
BauD-U-4-2015

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufheben.

StR. Lehner: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich zu den Tagesordnungspunkten 13, 14, 16, 17, 18, 19, 30, 32 und 33 einen Abänderungsantrag einbrachte, der lautet:

**Abänderungsanträge  
zu den Tagesordnungspunkten 13, 14, 16, 17, 18, 19, 30, 32 und 33 der Tagesordnung für  
die Sitzung des Gemeinderates am 14.12.2015**

Nach § 9 GOGR werden folgende Abänderungsanträge gestellt:

Zu nachfolgenden Tagesordnungspunkten wird jeweils der Beschluss (dh die Beilage zum Amtsbericht, bei TOP 33 gilt dies für sämtliche Beilagen) im Textteil um folgenden Satz ergänzt: „Auf Anträge, die bis einschließlich 31.12.2015 einlangen, sind die Richtlinien weiterhin anzuwenden.“

TOP 13: Beschluss des Gemeinderates, mit dem die Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufgehoben werden, BauD-U-4-2015

TOP 14: Beschluss des Gemeinderates, mit dem die Schallschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufgehoben werden, BauD-U-11-2015

TOP 16: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Mobilen Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste der Oö. Landesregierung aufgehoben werden, SO-SHoR-91-2015

TOP 17: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von barrierefreiem Planen und Bauen an öffentlich zugänglichen Objekten in Wels aufgehoben werden, SO-SHoR-4435-2015

TOP 18: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten (Badeinbauförderungsrichtlinien) aufgehoben werden, SB-WBF-31-2015

TOP 19: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerziehern (Wohnungskosten-Förderungsrichtlinien) aufgehoben werden, SB-WBF-32-2015

TOP 30: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Tierzucht aufgehoben werden, BZ-Pol-82005-2015

TOP 32: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Altstadterhaltung (Förderungsrichtlinien für Altstadterhaltung 2013) aufgehoben werden, BauD-SVP-78-2015

TOP 33: Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für die Mietförderung 2015 (MPF 2015), für die Nahversorgungsförderung 1999 (NVF 1999), für die Wirtschaftsförderung Wels 2014 (WIFÖ 2014) und die Kleinstunternehmensförderung 2014 (KUF 2014) aufgehoben werden, FD-WF-5610-2015, FD-WF-5005-2015, FD-WF-3000-2013, FD-WF-1001-2014

Dieser Abänderungsantrag dient dazu, dass wir den BürgerInnen unserer Stadt aber auch den Unternehmern, die bis 31.12.2015 Anträge einbringen, zusichern diese Richtlinien weiterhin anzuwenden. Daher bitte ich bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten im Beschluss jeweils zu ergänzen:

„Auf Anträge, die bis einschließlich 31.12.2015 einlangen, sind die Richtlinien weiterhin anzuwenden.“ Damit wäre diese Sicherheit gewährleistet. Ich bitte dies in der Diskussion mit zu berücksichtigen.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Ich ersuche sie diesen Abänderungsantrag für alle betreffenden Tagesordnungspunkte bei ihren Wortmeldungen mit zu debattieren.

GR. Ganzert: Die SPÖ-Fraktion bekennt sich zu einer ausgeglichenen Budgetpolitik und zu einer Evaluierung von Förderrichtlinien der Stadt Wels. Die heutigen Beschlüsse gleichen jedoch einem Kahlschlag bei den Förderungen. Die Förderrichtlinien für die Tierzucht oder die Mobile Altenhilfe, soziale Betreuungsdienst sind teilweise „verstaubte“ Förderungen aus den 90er-Jahren, die durchaus ohne Probleme verabschiedet werden können. Jedoch sind die Förderungen in Sachen Badeinbau, Junges Wohnen erst am 1. Juni 2015 beschlossen worden. Der damalige Referent war Vzbgm. Dr. Andreas Rabl. Es ist schon sehr befremdend, wenn man sich ansieht, dass für den Badeinbau keine Ansuchen gestellt wurden. Für die Förderung betreffend Junges Wohnen wurden doch eine ganze Menge Ansuchen eingebracht. Jetzt frage ich mich schon, was war das damalige Ansinnen des Referenten, diese Anträge und diese Richtlinien so auszugestalten, dass sie scheinbar kaum abzurufen waren? Das ist in meinen

Augen pure Ankündigungspolitik der FPÖ. Auf der einen Seite sagt man, das Thema leistbares Wohnen bzw. leistbares Wohnen für unsere Jugend ist wichtig, wir bekennen uns im Gemeinderat zu den Richtlinien um das Wohnen leistbarer zu machen, und was geschieht knapp ein halbe Jahr später? Der damalige Referent als Bürgermeister erlässt im November eine Weisung an die Abteilungen und an die zuständigen Mitarbeiter alle Richtlinien entsprechend aufzuheben. Dies ist schlichtweg nicht schlüssig.

Während noch am Samstag eine historische Einigung in Paris beim Klimagipfel errungen wird, ist es in Wels der Fall, dass diese die Umweltrichtlinien wieder abschafft. Diese Vorgangsweise ist nicht verständlich. Es wäre einfacher zu sagen man evaluiert. Die Abteilungen erhalten den Auftrag die bestehenden Richtlinien zu überarbeiten im Hinblick auf Verbesserungsvorschläge oder Änderungsmöglichkeiten. Aber einfach zu sagen, es wird alles abgeschafft und dann schauen wir weiter, ist keine Lösung.

Herr Bürgermeister, sie sagten vorhin selbst, es wird kein Bereich verschont – das stimmt leider nicht ganz. Denn es wird hier scheinbar mit zweierlei Maß gemessen. Ich nehme beispielsweise die Förderungen für den Alarmanlageneinbau. Diese wird nicht gestrichen sondern novelliert. Wenn ich mir die Richtlinien für die Mietförderung anschau, dann wurde zwar dafür ein Amtsbericht geschrieben, der jedoch herausgestrichen wurde. Entweder wir machen ein Gesamtpaket und sehen uns dieses an, oder wir gehen - wie es unsere Forderung ist - jede Richtlinie Stück für Stück durch, sehen wo es Möglichkeiten und Potential gibt diese Förderrichtlinien zu novellieren, auszubauen oder zu verbessern. Wo gibt es Förderrichtlinien, die nicht mehr zeitgemäß sind bzw. die nicht mehr gebraucht werden.

Das wäre seriöse Politik. Daher wird die SPÖ-Gemeinderatsfraktion bei den verschiedensten Punkten klar Stellung beziehen und sagen ja, das macht wirklich keinen Sinn. Es wird auch Stimmenthaltungen seitens der SPÖ geben, weil wir ganz einfach glauben und wissen, dass es nicht die richtige Zeit und die richtige Grundlage ist, um diese Dinge außer Kraft zu setzen.

GR. Hufnagl: Wie sie wissen, forderten die NEOS immer wieder die Förderungen zu durchforsten und die Streichung von unsinnigen bzw. nicht zielführenden Förderungen. D.h. Herr Dr. Rabl, hier haben sie unser eindeutiges Bekenntnis zum Sparen. Wir sind definitiv der Meinung, dass im Bereich Förderungen viel Geld verschwendet wird. Allerdings waren wir immer der Meinung, dass das Ausmisten – hier gebe ich der SPÖ-Fraktion Recht – nach einer gewissen Logik, mit ein wenig Gefühl und mit Diskussion verbunden durchgeführt werden soll. Anscheinend passiert das so nicht.

Einige Beschlüsse können wir nicht nachvollziehen und werden diesen nicht zustimmen. Einige Beschlüsse, wie z.B. das Thema der Alarmanlagenförderung, gehen uns nicht weit genug. Das werden wir auch in unseren Stellungnahmen zu den einzelnen Punkten darlegen.

Zu Tagesordnungspunkt 17 – barrierefreies Bauen: Aus dieser Richtlinie geht hervor, dass sie das Ziel hat mittels Direktzuschüssen Anreize für Baumaßnahmen zu stärken, welche beeinträchtigten Menschen zugutekommen. Darüber hinaus werden hier Förderungen gegeben, damit Menschen mit Kinderwagen oder mit Gehilfen den Zugang zum jeweiligen Gebäude leichter haben. So etwas aufzuheben ist unsozial, vor allem wenn es nur um so geringe Beträge wie 4.400 Euro im Jahr geht. Gerade diese geringe Höhe rechtfertigt ein Beibehalten der Richtlinie. Daher wird seitens der NEOS keine Zustimmung gegeben.

Das gleiche gilt für Tagesordnungspunkt 19 – Förderung für Wohnkosten für Jugendliche, Familien und Alleinerzieher: Auch hier ist es unsozial diese Förderung komplett zu streichen.

Im Gegensatz dazu fordern wir die Streichung der Förderung für Alarmanlagen komplett. Eine Reduktion von 1.000 Euro auf 300 Euro macht überhaupt keinen Sinn. Diese Förderung gehört abgeschafft. Es ist eine Doppelförderung. Das Land Oberösterreich fördert den Einbau von

Alarmanlagen mit 1.000 Euro. Der Verwaltungsaufwand reduziert sich durch eine Reduktion der Höhe nicht. Es werden Sicherheitsunternehmen gefördert. Hausbesitzer haben durch geringere Versicherungsprämien bereits Vorteile. Die aktuelle Sicherheitslage, also die Anzahl der Einbrüche in Wohnhäuser, rechtfertigt eine besondere Förderung gerade in Wels nicht. Es gibt in Wels nicht mehr Einbrüche als im Rest von Oberösterreich. Daher reicht die Förderung des Landes vollkommen aus.

Der Abschaffung der Förderung zur Altstadterhaltung stimmen wir zu, aber wir hätten uns eine Frist bis 30.06.2016 gewünscht. Warum? Es wäre einfach gescheit gewesen, weil Hausbesitzer vielleicht noch bis 30.06.2016 investiert hätten. Vorteil für uns wäre, das Stadtbild hätte in dieser Zeit massiv davon profitiert. Außerdem hat diese Förderung den Sinn, unbenutzten Raum bzw. Wohnungen auf einen höheren Standard aufzuwerten.

Mietförderung, Nahversorgungsförderung, Wirtschaftsförderung, Kleinstunternehmenförderung abzuschaffen ist auf jeden Fall nicht sinnvoll. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, bringen Steuergelder. Die Abschaffung der Wirtschaftsförderung und Kleinstunternehmenförderung ist abzulehnen.

GR. Prof. Mag. Teubl: In den letzten Ausschusssitzungen erlebten wir, dass flächendeckend Förderungen ausgesetzt wurden. Heute sollen wir diese Beschlüsse im Gemeinderat absegnen.

Wir GRÜNEN sind damit nicht einverstanden. Jetzt bitte zuhören, weil immer wieder Fehlinterpretationen passieren, das nicht deshalb weil wir dagegen sind, dass gespart wird, sondern deshalb weil wir glauben, die gewählte Vorgangsweise ist falsch. Wir wollen sehr wohl eine Evaluierung von Förderungen, eine sinnvolle Abwandlung derselben oder vielleicht eine Streichung mancher Richtlinie. Aber wir glauben, Förderungen sind eine wichtige Maßnahme, die zur Erreichung bestimmter Ziele dient. Förderungen sind Lenkungsinstrumente mit denen etwas erreicht werden soll. Wenn wir beispielsweise die Innenstadt wieder beleben wollen, wird es nicht ohne Förderungen gehen. Wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen, wird es nicht ohne Förderungen gehen. Wenn wir weiterhin wollen, dass Wels eine soziale Stadt ist, wird es auch nicht ohne Förderungen gehen.

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass in vielen Bereichen dieser Kahlschlag im Förderungsdschungel der falsche Ansatz ist. Maßnahmen, die zur Belebung und Attraktivierung der Innenstadt beitragen sollen, beschlossen wir zum Teil erst kürzlich. Eine Mietförderung für die Anfangsphase einer Geschäftsneugründung zum Beispiel, mit dem Ziel die Leerstände im Zentrum zu vermindern. Jetzt wird sie wieder abgeschafft. Ebenso die Altstadtförderung, die zur Erhaltung der Bausubstanz und zur Fassadenerneuerung beitragen soll und Förderungen, die zur Erneuerung von Geschäftsportalen dienen oder die Förderung von Nahversorgung und Kleinstunternehmen.

Ähnlich im Umweltsektor: Ein umfangreiches Förderungspaket mit Subventionen für den Anschluss an die Fernwärme, die Installierung alternativer Energiegewinnungsanlagen und die Wärmedämmung von Althäusern existierte bis vor kurzem und wird nun aufgehoben. Wie soll dann die Erreichung der doch sehr ambitionierten Klimaziele, die nicht nur in Paris beschlossen wurden sondern die wir in Wels eigentlich mit dem Konzept „Energistadt Wels“ schon längst verfolgen, Wirklichkeit werden? Wir werden auch zukünftig Förderungsinstrumente brauchen. Warum wartet man jetzt darauf, dass wieder neue Förderungen beschlossen werden und macht zunächst diesen Kahlschlag? Begründet wird die Streichung der Förderungen mit der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen. Wir glauben, es steht eine andere Intention im Vordergrund, nämlich die, die Geldflüsse nach den politischen Vorstellungen der zuständigen Stadträte umlenken zu können und missliebige Zielsetzungen nicht weiter verfolgen zu müssen.

Das sollte aber nicht passieren. Wir sollten an unseren Zielen festhalten Wels zu einer sozialen Stadt zu machen, zu einer Stadt, die dem Klimaschutzgedanken verpflichtet ist und zu einer Stadt, die auch in ihrem Zentrum wieder lebendig und attraktiv ist.

Dass ausgerechnet die Förderungen für Alarmanlagen aus diesem Streichungskonzert ausgenommen wurden, wirkt tatsächlich in diesem Zusammenhang sehr befremdlich. Daher seitens der GRÜNEN zusammenfassend der Hinweis, nicht der mangelnde Sparwille lässt uns hier nicht zustimmen, sondern die Tatsache, dass wir glauben es ist die falsche Vorgangsweise.

GR. Mag. Parzmayr: Wir hörten bereits, es gibt einige Förderungen, die nur teilweise oder gar nicht ausgeschöpft wurden, wie etwa für den Badeinbau. Diese Förderung wurde vom damaligen Referenten Dr. Rabl eingeführt. Es hat sich ergeben, diese ist nicht zielführend, weshalb sie abgeschafft werden kann. Ähnliches gilt bei der Förderung des Jungen Wohnens. Auch hier stehen wir nicht an zu sagen, war eine gute Idee – aber trifft nicht wirklich zu.

Bei der Förderung der Alarmanlage ist die Situation ganz anders. Der Bedarf dafür ist sehr hoch. Es gibt sehr viele Anträge. Woher der Kollege der NEOS die Zahlen von weniger Einbrüchen in Wels als im Umland nimmt, kann ich nicht nachvollziehen. Jedenfalls wird durch den Einbau von Alarmanlagen auch das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt. Dafür stehen wir jedenfalls.

Des Weiteren zeigt sich, dass bei vielen Förderungen der bürokratische Aufwand offenbar sehr hoch ist. Einerseits müssen sich in den Abteilungen 1,5 Vollarbeitszeitkräfte damit beschäftigen die Voraussetzungen für eine Förderung zu prüfen. Andererseits gibt es auch Unternehmer, die manche Förderungen offenbar nicht in Anspruch nehmen, weil die bürokratische Hürde einfach zu hoch ist. So gibt es einen Topf bei den Wirtschaftsförderungen. Im Jahr 2013 waren es 420.000 Euro, nur 142.000 Euro wurden benötigt. Das liegt weniger daran, dass es den Welser Unternehmern allen so gut geht und damit keine Förderungen brauchen, sondern es war ihnen oft die Bürokratie eine zu hohe Hürde. Daher sagen wir, machen wir reinen Tisch, weg mit den alten Förderungen. Dafür gibt es im Bereich der Wirtschaft neue einfache Förderungen, gleiches gilt für den Umweltschutz. Wir stellen uns auf neue Beine, um diese Förderungen zielsicher, simpel und bürokratielos einzuführen.

GR. Haböck: Eine allzu typisch österreichische Diskussion! Stundenlang über Förderungen zu diskutieren. Wenn etwas in Österreich nicht fehlt, dann ist dies der Förderdschungel.

Ein paar Anmerkungen sind hier schon zu machen: Das Erste ist eine gewisse Pathetic seitens der GRÜNEN zu glauben mit einzelnen vom Gemeinderat beschlossenen Förderungen retten wir die Welt. Aber ich gestehe ihnen zumindest diesen Idealismus zu.

Fakten sind – Kollege Ganzert –, wenn es nicht angenommene Förderungen gibt, marktwirtschaftlich gesprochen wenn keine Kunden, keine Bedürfnisse da sind, scheint das Produkt nicht in Ordnung zu sein. Wenn wir Förderrichtlinien haben, wie beispielsweise für den Badeinbau, die von keinem einzigen Bürger in Anspruch genommen werden, oder die Wohnungskostenförderrichtlinie, die in einer 60.000 Einwohner-Stadt von 19 Menschen in Anspruch genommen wird, sollte schon überlegt werden, ob diese noch sinnvoll sind.

Aber – da wir in einer typisch österreichischen Diskussion sind – werden Reformen sofort von den NEOS, den GRÜNEN, den BLAUEN, den ROTEN und auch von uns SCHWARZEN gefordert. Dann ergibt sich eine neue Mehrheit in der Stadtregierung, es werden Reformen angegangen und das Erste was kommt, ja Moment – also diese Förderung brauchen wir schon noch .... Wenn sich 19 Personen gemeldet haben, vielleicht findet sich nächstes Jahr noch eine 20ste Person. Oder vielleicht können wir noch ein Bad einbauen ..... Also, in meinem Bereich auf keinen Fall!

Ich verstehe natürlich die Referenten in ihrem Bereich keine Förderungen verlieren zu wollen. Dass sich die Diskussion in den letzten Minuten genau darum dreht, wie eine Verhinderung der Reform einer Richtlinie stattfinden kann, wie einzelne Bereiche herausgenommen werden und in seiner eigenen Einfluss- bzw. Interessenssphäre bewahren will, ist schon sehr interessant.

Kollege Teubl sagt, missliebige Ziele und neue politische Konstellationen - ich glaube nicht, dass ihre Ziele gleichbedeutend unserer Ziele sein müssen. Wenn eine neue Gemeinderatsmehrheit, die demokratisch höchst legitimiert ist, zu der Ansicht kommt, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht, ist es das gute Recht und die Pflicht der Mandatäre hier „Gas zu geben“. Denn es ist viele Jahre einfach zu wenig geschehen. Wir waren zwar immer kritisch - keine Frage - aber es soll wirklich Schlimmeres in Österreich passieren, als dass Politiker zu der Einsicht kommen, na ja es war gut gemeint, hat nicht funktioniert, aus Schaden wird man klug, deshalb streichen wir das ersatzlos.

GR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion hat sich bei den Wirtschaftsförderungen im Ausschuss der Stimme enthalten. Ganz wichtig war uns dieser Abänderungsantrag, weil wir für die Unternehmerinnen und Unternehmer, die damit spekulieren, die eine oder andere Förderung noch nützen zu wollen, eine Planungssicherheit möchten. Ich hoffe, diese Dinge werden noch abgearbeitet.

Herr Haböck, sie haben auch in den letzten sechs Jahren eine Mehrheit gehabt, weil 11 FPÖ-Mandatare + 8 ÖVP-Mandatare = 19 Mandate, das bedeutet, bei 36 Stimmberechtigten die Mehrheit. Dass sie als ÖVP nicht wussten, welcher Mehrheit sie sich in den letzten sechs Jahren anschließen sollen, ist nicht unsere Schuld.

GR. Mag. Humer: Ich habe mich im Ausschuss sehr intensiv mit dem Thema Badeinbauförderungen befasst und stand dem Beschluss aus zwei Faktoren ziemlich kritisch gegenüber. Die Erhebung nach der Zahl der Wohnungen ohne Bad in Wels ergab ca. 18 bis 20. Von den Technikern der Heimstätte wurde mir mitgeteilt, dass bei manchen Wohnungen der Badeinbau nicht möglich sei. Im Nachhinein stellen wir fest, dieser Badeinbau ist am Markt vorbeigegangen. Das war zwar vor der Wahl, wo sehr vieles gefördert wurde, aber dann kommt man drauf, der Bedarf ist nicht gegeben. Wenn es sich dabei nur um etwa 15 mögliche Wohnungen handelt, stellt sich die Frage, für was diese Förderung beschlossen wurde. Vor der Wahl und nach der Wahl sind immer zwei verschiedene Dinge. Ich habe damit kein Problem, diese Förderung wieder abzuschaffen, man hätte sich aber vorher die Arbeit sparen können.

GR. Mag. Prof. Teubl: Zu Kollegen Haböck betreffend der Frage, ob missliebige Ziele nicht mehr verfolgt werden können, möchte ich anmerken, dass diese Möglichkeit besteht, daran gibt es wohl keine Zweifel. Wenn von Freiheitlichen Funktionären bundesweit der Klimawandel bezweifelt wird, bin ich mir nicht so sicher, ob die Klimaschutzvereinbarungen, die unserem Energiesparkonzept zugrunde liegen, in Zukunft in Wels noch Gültigkeit haben. Da würde ich mir eine klare Aussage wünschen und hoffe, dass das tatsächlich der Fall ist, aber ich kann nicht von vornherein davon ausgehen.

Warum nimmst du gerade die Bädereinbauförderungen als Beispiel für gutes Sparen? Wenn nach deinen Aussagen niemand die Förderung in Anspruch genommen hat, wird auch deren Abschaffung keine Einsparung bringen. Die Abschaffung ist genauso sinnlos, wie deren Weiterbestand.

Zwischenruf GR. Haböck: Streichung der Förderung, nicht Einsparung!

GR. Wiesinger: Mir fehlen die Worte, wenn ich die Diskussion zu den Förderungen höre. Wir diskutieren über die Sinnhaftigkeit einzelner Subventionen, wir reden über Einsparung von CO<sub>2</sub>, aber das große Ganze verlieren sehr viele Kolleginnen und Kollegen aus den Augen. Wir sind uns einig, sehr viele Förderungen sind nicht mehr zeitgemäß und werden teilweise nicht mehr angenommen oder als sinnlos bezeichnet. Bei 25 Jahre alten, nie adaptieren Förderrichtlinien oder Förderungen besteht einfach Handlungsbedarf.

Wir stehen vor dem Beschluss eines Doppelbudgets im Gemeinderat im Februar. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen neue Förderungsrichtlinien im Bereich Umwelt und Wirtschaft erarbeitet werden. Erwähnt wurde das neue Klimabündnis in Paris. Vielleicht ist die Auflassung der Umweltschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinie eine neue Chance Umweltschutzmaßnahmen in die neu auszuarbeitende Richtlinie einfließen zu lassen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass durch die Aufhebung aller Förderrichtlinien in Zukunft keine Förderungen mehr ausbezahlt werden. Nein, ganz im Gegenteil!

Wichtig aus meiner Sicht ist, dass Förderungen zielgerecht, effizient, nachvollziehbar und auslaufend sein sollen. Durch das Fehlen einer Sunset-Klausel, das heißt, es ist nicht festgeschrieben wie lange sie gelten, müssen wir heute sehr viele Förderungen auflösen. In EU-Kreisen ist gang und gäbe, dass Förderungen nur auf gewisse Zeit gewährt werden. Ich hoffe, alle zukünftigen von uns beschlossenen Förderungen enthalten diese Klausel.

Vzgbm. Huber: Bedanken darf mich bei Herrn Stadtrat Lehner und Herrn GR. Schönberger; wichtig ist wirklich die Bedeckung der bis 31. Dezember einlangenden Anträge. GR. Ganzert hätte sich Verbesserungsvorschläge anstelle eines Kahlschlages gewünscht. Ich mir auch, aber die Zeit ist einfach zu kurz, um hier neue Richtlinien vorzulegen.

Ebenso bin ich der gleichen Ansicht wie GR. Mag. Teubl, der meinte, dass Förderungen Lenkungsinstrumente sind, denn gerade in Hinblick auf die Klimakonferenz sollten Kommunen und Städte einen Beitrag leisten. GR. Haböck und GR. Mag. Parzmayr meinen, die Nachfrage sei nicht so groß. Das kann für das Umweltressort nicht stimmen, denn mir liegen eine Menge offener Anträge vor. (Vzgbm. Huber zeigt eine Liste der noch auszuzählenden Anträge).

Zu GR. Haböck - wir werden mit diesen kleinen Beiträgen nicht die Welt retten, aber wir setzen ein klares Zeichen zur Umwelt und zum Klimaschutz. Zu GR. Wiesinger, der das Große und Ganze nicht aus den Augen verlieren will und eine neue Chance für Richtlinien sieht - Ja, ich sehe diese Chance, ergreife sie und werde demnächst neue Richtlinien vorlegen.

Im Ausschuss habe ich mich als zuständige Referentin der Stimme enthalten, aber in Hinblick der deutlichen Signale des Finanzreferenten für neue Richtlinien wird die SPÖ-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 17) zu Punkt 13. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
1 Stimmenthaltung (Mag. Mayerhofer)

angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 16) zu Punkt 13. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + Kirchmayr)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß ist bei der Abstimmung zu Punkt 13. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

14.)

Beschluss des Gemeinderates, mit dem die Schallschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufgehoben werden  
BauD-U-11-2015

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Schallschutzmaßnahmen-Förderungsrichtlinien 2015 aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 14. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

15.)

Parkanlage Dragonerstraße; Errichtung eines barrierefreien Spielplatzes  
SB-StAG-31-2015

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss vom 27.10.2015:

Die Errichtung eines barrierefreien Spielplatzes in der dargestellten Art und Weise und zu den voraussichtlichen Kosten in Höhe von 54.800,00 Euro inkl. USt (Kostengenauigkeit +/- 10 %) sowie Eigenleistungen in der Höhe von ca. 95.000,00 Euro (Kostengenauigkeit +/- 10%) wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Prähofer: Selbständigkeit fördern und Hilflosigkeit verhindern ist ein zentrales Anliegen bei der Errichtung eines barrierefreien Spielplatzes. Eine Stadt wie Wels muss den Anspruch haben, ihren Bürgerinnen und Bürgern eine bedürfnisgerechte Anlage zur Verfügung zu stellen. Die Eltern von beeinträchtigten Kindern können meist in ihrer Wohnung kein entsprechendes Angebot bieten. Die Anlage muss Menschen mit individuellen Eigenschaften bevorzugtes Spielerlebnis bieten. Kindern erschließt sich die Welt generell nicht durch das Denken oder

durch Vorstellungen, sondern vielmehr durch ihre Sinne oder ihre körperlichen Erfahrungen, die sie machen.

Die Hauptanforderungen an einen Spielplatz sind außer Spaß und Lebensfreude vor allem die Stärkung des Selbstvertrauens und Mut, das Herantasten und Erkennen von Grenzen, die Bewegung generell, die Aufnahme von sozialen Gedanken und auch der Ort der Begegnung. Die Spielgeräte müssen leicht, ohne Probleme und möglichst eigenständig erreichbar sein. Der Benutzer soll nicht das Gefühl haben unter Dauerbeobachtung zu stehen oder auf einer Platte präsentiert zu werden, andererseits aber auch nicht an den Rand geschoben. Auch Eltern finden so die Möglichkeit, sich ein Stück weit zu entspannen und sich mit anderen Betroffenen auszutauschen. Ich finde, es ist ein positives und sehr notwendiges Projekt für Wels.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich freue mich ganz besonders, dass dieses wichtige Projekt eines barrierefreien Spielplatzes für Wels von allen die Zustimmung findet und jetzt zur Umsetzung gelangt. Gerade dieses Projekt ist mir sehr am Herzen gelegen. Besonders bedanken möchte ich mich bei Frau Traunmüller, der Leiterin des heilpädagogischen Kindergartens. Im Sommer besuchte ich sie, um mir anzusehen, welche Bedürfnisse gerade diese Kinder aufweisen. Dieser Spielplatz ist für jedes Kind nutzbar, ist aber speziell für diese Kinder ausgerichtet und für deren Eltern, die sich dort treffen, kommunizieren und austauschen können. Diese Kinder benötigen einfach bestimmte Voraussetzungen bzw. bestimmte Dinge, um sich wohlfühlen. Danke für ihre Zustimmung.

GR. Hufnagl: Ein absolut wichtiges und richtiges Projekt. Vielleicht kann berücksichtigt werden, dass der Spielplatz aus Richtung Dragonerstraße einsichtig ist, das heißt, es soll aus Sicherheitsgründen nicht alles mit Büschen zugepflanzt werden. Danke!

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Kurz zur Erklärung: Für diesen Spielplatz ist es wichtig, dass sehr viele Büsche gepflanzt werden, damit die Kinder nicht davonlaufen können und die Eltern sie nicht ständig unter Beobachtung haben müssen. Gerade hier ist es wichtig eine klare Grenze zu setzen.

Vzgbm. Huber: Ich danke Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger für ihre Ausführungen. Es war ihr letztes Projekt als zuständige Referentin. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau GR. Prähofer für ihre Ausführung, die nicht schöner formuliert werden hätten können. Auch Herr GR. Hufnagl hat seine Antwort erhalten, deshalb ersuche ich um Zustimmung.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Mobilien Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste der Oö. Landesregierung aufgehoben werden  
SO-SHoR-91-2015

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Richtlinien zur Förderung der Mobilien Altenhilfe und Sozialen Betreuungsdienste der Oö. Landesregierung aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 16. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- Fraktion + NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 16. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS + Mag. Mayerhofer)  
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von barrierefreiem Planen und Bauen an öffentlich zugänglichen Objekten in Wels aufgehoben werden  
SO-SHoR-4435-2015

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Richtlinien zur Förderung von barrierefreiem Planen und Bauen an öffentlich zugänglichen Objekten in Wels aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 17. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
und 1 Nein-Stimme (NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

18.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten (Badeinbauförderungsrichtlinien) aufgehoben werden  
SB-WBF-31-2015

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Richtlinien zur Förderung von Badeinbauten (Badeinbauförderungsrichtlinie) aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 18. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 18. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS + Mag. Mayerhofer)  
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Kirchmayr und GR. Zaunmüller sind bei der Abstimmung zu Punkt 18. (Hauptantrag) nicht im Sitzungssaal anwesend.

19.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerziehern (Wohnungskostenförderungsrichtlinien) aufgehoben werden  
SB-WBF-32-2015

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Richtlinien zur Förderung von Wohnungskosten für Jugendliche, Familien und Alleinerziehern (Wohnungskostenförderungsrichtlinien) aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 19. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
und 1 Nein-Stimme (NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Kirchmayr und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung zu Punkt 19. nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Hauptantrag zu Punkt 19. der Tagesordnung wird mit

|       |  |
|-------|--|
|       | <u>23 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, Schönberger, Wildfellner) |
| gegen | <u>4 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion + NEOS)                        |
| und   | <u>5 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)                            |

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Kirchmayr und GR. Mag. Humer sind bei der Abstimmung zu Punkt 19. nicht im Sitzungssaal anwesend.

20.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung des Einbaues einer Alarmanlage abgeändert werden (1. Novelle zu den Alarmanlagenförderungsrichtlinien)  
SB-WBF-37-2015

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende 1. Novelle zu den Alarmanlagenförderungsrichtlinien beschließen.

Der Antrag zu Punkt 20. der Tagesordnung wird mit

|       |  |
|-------|--|
|       | <u>21 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)                           |
| gegen | <u>1 Nein-Stimme</u> (Mag. Mayerhofer)                               |
| und   | <u>9 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion, NEOS + MMag. Rumersdorfer) |

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Kirchmayr, GR. Mag. Humer und GR. Prof. Mag. Teubl sind bei der Abstimmung zu Punkt 20. nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

21.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarife für das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle festgelegt werden (Tarifordnung Haus Noitzmühle 2015)  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
SO-SenB-221400-2015

Der Antrag (Anlage 25) lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Tarifordnung für das Haus Noitzmühle (TO Haus Noitzmühle 2015) beschließen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 i.d.g.F. durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

22.)

Einsatz von Personal im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Welser Pflichtschulen;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
KI-Schu-128-2015

Der Antrag (Anlage 26) lautet:

Das Institut für Soziale Kompetenz wird mit der Abwicklung des Freizeitbereiches im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Welser Pflichtschulen beauftragt.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992 i.d.g.F. durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Was hier vorausverfügt und zur heutigen Abstimmung vorgelegt wurde, ist nichts anderes als eine Privatisierung der Nachmittagsbetreuung. Wir GRÜNEN werden uns dagegen aussprechen, weil wir der Meinung sind, es ist eine Kernaufgabe der Stadt Wels. Es ist eine Kernaufgabe den Eltern der Schüler in unserer Stadt verschiedene Formen des Betreuungsangebotes anzubieten. Das hat in höchster Qualität und mit einem überprüfbar Standard zu erfolgen. Bei privaten Anbietern ist das nicht unbedingt der Fall. Es könnte zum Beispiel möglich sein, dass die Beschäftigten, die höchstwahrscheinlich Studenten sein werden, nicht so entlohnt werden, wie es für eine solche Tätigkeit sein sollte. Hier haben wir größte Bedenken und sind daher gegen diesen Antrag.

StR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst wurde versucht die Nachmittagsbetreuung von den Schulen selbst zu organisieren. Diese Möglichkeit besteht im Rahmen der Beauftragung. Leider war dies nicht möglich. Wie aus dem Amtsbericht zu entnehmen ist, sind nicht alle Schulen davon betroffen. Das Institut für Soziale Kompetenz führt bereits die Nachmittagsbetreuung in der Stadt Steyr durch. Wir erkundigten uns, dort ist die Qualität ausreichend. Nach einem Jahr werden wir evaluieren, d.h. wir werden sehen, ob unseren Erwartungen entsprochen wurde.

Es ist wesentlich die Nachmittagsbetreuung insgesamt qualitativ hochwertig in den Schulen anzubieten. Wichtig ist auch diese von einem einzigen Institut durchführen zu lassen. Nach zwei Semestern wissen wir, ob wir die Betreuung in der Form weiterführen werden.

Der Antrag zu Punkt 22. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 307/1.6 (Stadtteil Vogelweide), Gebiet  
Primelstraße, Grundstück Nr. 278/3  
BZ-BauR-6015-2012

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 307/1.6 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

24.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 623/G.1 (Stadtteil Pernau), Gebiet Raimundstraße 14  
BZ-BauR-6001-2015

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 623/G.1 (Stadtteil Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

25.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 306/A 1 (Stadtteil Vogelweide), Gebiet  
Mohnstraße, nördliche Grundstücksgrenze Parzelle Nr. 266,  
Grundstück Nr. 268  
BZ-BauR-6011-2015

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 306/A.1 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

26.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 623/D.2 (Stadtteil Pernau), Gebiet Schorerstraße -  
Raimundstraße – Haidlweg  
BZ-BauR-6013-2015

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 623./D.2 (Stadtteil Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

27.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 602/1.4 (Stadtteil Pernau), Gebiet Schnitzlerstraße -  
Hans-Sachs-Straße – Grundstücksgrenzen der Parzellen Nr. 893/23,  
893/24, 49/3, 49/4, 49/5, 850/4  
BZ-BauR-6018-2015

Der Antrag (Anlage 31) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 602/1.4 (Stadtteil Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

28.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 418/B.2 (Stadtteil Neustadt), Gebiet Oberfeld-  
straße – Grieskirchner Straße – A 25 Welser Autobahn – westliche  
Grundstücksgrenze der Parzelle Nr. 230/5  
BZ-BauR-6022-2015

Der Antrag (Anlage 32) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 418/B.2 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

GR. Schönberger: Geplant ist eine neue Ein- und Abfahrt in der Oberfeldstraße. Wir benötigen für die Oberfeldstraße ein gutes Verkehrskonzept bevor wir weitere Bebauungspläne beschließen. Es besteht dort eine Perforierung der Straße von links und von rechts. Wenn man bis zum Interspar weiterfährt, hat man den nächsten Bauplatz vor sich. Hier sollen ebenfalls Geschäfte errichtet werden. Bevor wir dort weitermachen brauchen wir eine vernünftige Verkehrslösung für die Oberfeldstraße. Leider war es in der Vergangenheit so, dass der Bebauungsplan beschlossen und die Verkehrslösungen mit angedacht wurden. Später hieß es, dass dies ein Thema für den Verkehrsausschuss sei. Im Verkehrsausschuss hieß es, dass dem Bebauungsplan bereits zugestimmt wurde. Daher enthalten wir uns dieses Mal definitiv der Stimme, denn es braucht eine vernünftige Lösung.

GR. Hoflehner: Aus meiner Sicht als Verkehrsreferent ist es notwendig die Oberfeldstraße in den Bereichen zwischen der Wallererstraße und Grieskirchner Straße einer gesamtheitlichen Beurteilung zu unterziehen. Usus war bisher der Stadtplanungsausschuss änderte den Bebauungsplan und übergab es anschließend dem Verkehrsausschuss. Ich hoffe unter den nunmehrigen neuen Aspekten auf eine gute Zusammenarbeit.

StR. Lehner: Diese Zusammenarbeit biete ich dem Verkehrsreferenten auch intensiv an. Im konkreten Bebauungsplan wird die Verkaufsfläche nicht erhöht. Es wird in Wirklichkeit die Revitalisierung des bestehenden Marktes durchgeführt, daher kommt es auch nicht zu einem größeren Verkehrsaufkommen. Wir müssen gemeinsam die Anliegen der Anrainer ernst nehmen und gemeinsam eine Gesamtlösung für die Oberfeldstraße finden. Daher bitte ich einerseits um Zustimmung zu dieser Bebauungsplanänderung, andererseits biete ich meine Kooperation zu dem Thema Oberfeldstraße an, um hier die bestmöglichen Lösungen für die Anrainer zu finden.

Der Antrag zu Punkt 28. der Tagesordnung wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
12 Stimmenthaltungen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

GR. Mag. Mayerhofer ist bei der Abstimmung zu Punkt 28. nicht im Sitzungssaal anwesend.

29.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 602 – Teilauflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Zieglerstraße  
BZ-BauR-8002-2015

Der Antrag (Anlage 33) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend

den straßenrechtlichen Verordnungsplan Nr. 602 – Teilauflassung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Zieglerstraße - beschließen.

Einstimmig angenommen.

30.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Tierzucht aufgehoben werden  
BZ-Pol-82005-2015

Der Antrag (Anlage 34) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Richtlinien der Förderung der Tierzucht in Wels aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 30. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Mayerhofer ist bei der Abstimmung zu Punkt 30. nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Hauptantrag zu Punkt 30. der Tagesordnung wird mit

einstimmig angenommen.

31.)

Jagdausschüsse Lichtenegg, Pernau und Puchberg  
Entsendung von Gemeindevertretern (Mitglieder/Ersatzmitglieder)  
BZ-Pol-84018-2015

Der Antrag (Anlage 35) lautet:

Es werden folgende Personen in die Jagdausschüsse gewählt und entsandt:

**Von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ):**

**Jagdausschuss Lichtenegg:**

Mitglieder: GR. Elke Ruetz  
GR. Mark Paulusberger  
Ersatzmitglieder: GR. Sandra Wohlschlager  
GR. Ronald Schiefermayr

**Jagdausschuss Pernau:**

Mitglieder: GR. Mag. Georg Parzmayr  
GR. Heinrich Taitl

Ersatzmitglieder: GR. Christiane Kroiß  
GR. Ingo Spindler

**Jagdausschuss Puchberg:**

Mitglieder: GR. Ralph Schäfer  
GR. Christian Fila  
Ersatzmitglieder: GR. Olivera Stojanovic, BSc  
GR. DI. Gunter Haydinger

**Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ):**

**Jagdausschuss Lichtenegg:**

Mitglied: GR. Mag. Bernhard Humer  
Ersatzmitglied: GR. Mag. Sabine Brenner-Nerat

**Jagdausschuss Pernau:**

Mitglied: Vzbgm. Silvia Huber  
Ersatzmitglied: GR. Laurien Janina Scheinecker

**Jagdausschuss Puchberg:**

Mitglied: GR. Ernst Kirchmayr  
Ersatzmitglied: GR. Karl Schönberger.

Einstimmig angenommen.

32.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien zur Förderung der Altstadterhaltung (Förderungsrichtlinien für Altstadterhaltung 2013) aufgehoben werden  
BauD-SVP-78-2015

Der Antrag (Anlage 36) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegendem Beschluss die Richtlinie zur Förderung der Altstadterhaltung 2013 aufheben.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 32. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 32. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

33.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für die Mietförderung 2015 (MPF 2015), für die Nahversorgungsförderung 1999 (NVF 1999), für die Wirtschaftsförderung Wels 2014 (WIFÖ 2014) und die Kleinstunternehmensförderung 2014 (KUF 2014) aufgehoben werden  
FD-WF-5610-2015  
FD-WF-5005-2015  
FD-WF-3000-2013  
FD-WF-1001-2014

Der Antrag (Anlage 37) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 30.11.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge mit beiliegenden Beschlüssen folgende Richtlinien aufheben:

1. die Richtlinien Nahversorgungsförderung 1999
2. die Richtlinien Wirtschaftsförderung Wels 2014 und
3. die Richtlinien Kleinstunternehmen-Förderung 2014.

Die Richtlinien **Mietförderung 2015** werden **NICHT aufgehoben**.

Der Abänderungsantrag zu Punkt 33. der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion + NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Hauptantrag zu Punkt 33. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Betreuungskosten für minderjährige Flüchtlingskinder; Resolution an den Bund und/oder an das Land OÖ  
DI-Verf-296-2015

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bei dem folgenden Dringlichkeitsantrag geht es darum, dass das Land Oberösterreich und der Bund die Kosten für die minderjährigen Flüchtlinge unter 14 Jahre übernehmen. Derzeit befinden sich ca. sieben Kinder in der Obhut der Stadt Wels in den Kriseninterventionseinrichtungen. Das kostet der Stadt am Tag 280 Euro minus der Förderung vom Land von ca. 77 bzw. 95 Euro. Die 95 Euro sind noch nicht ausverhandelt. Nach vier Monaten kommen diese Kinder in sozialpädagogische Kleingruppen, die wiederum der Stadt

Wels bis zu 180 Euro weniger der Förderung vom Land Oberösterreich kosten. Daher fordern wir den Bund und das Land Oberösterreich auf, die Kosten dafür zu übernehmen.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Antrag ist grundsätzlich sinnvoll, dass wir uns als Stadt darum bemühen, die entstehenden Kosten in diesem Bereich ersetzt zu bekommen. Was ich allerdings nicht für klug halte ist die Formulierung: "Das es aufgrund des Durchgriffrechtes des Bundes zu dieser Notwendigkeit kommt", denn die Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen in unserer Stadt hat nichts mit dem Durchgriffsrecht des Bundes zu tun.

Das Durchgriffsrecht des Bundes sollte uns dennoch beschäftigen, denn es kann nicht in unserem Interesse sein, bis zu 450 Personen auf große Massenquartiere in unserer Stadt aufzuteilen. Unser Ziel muss sein die Flüchtlinge in kleinen bis mittelgroßen Quartieren unterzubringen. Die Erfahrungen zeigen diese Unterbringungsformen sind die bestmöglichen. Unser Bestreben muss es sein, die Bundesquote zu erfüllen, um auch zu vermeiden, dass das Durchgriffsrecht schlagend wird.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung, wünscht allen Anwesenden ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr und erklärt anschließend die Sitzung für geschlossen.

### **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 29.02.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*